

2 Theoretische Überlegungen zu politischen Eliten und Karrieren

Einführend soll nun ein Exkurs zur Diskussion über die Begrifflichkeiten *politische Elite* und *politische Klasse* sowie ein umfassender Überblick zur politischen Professionalisierung und ihren verschiedenen Ausprägungen vorgenommen werden. Daran schließt sich eine grobe elitentheoretische Verortung Herzogs im Kontext bedeutender Elitentheoretiker an. Der darauffolgende Abschnitt bildet das Kernstück der theoretischen Überlegungen, in dem zuerst die von Herzog als Analysemodelle verworfenen Ansätze und anschließend sein eigenes Konzept detailliert erläutert werden. Dabei stehen hauptsächlich das Vier-Phasen-Modell der Karriere und für die deutsche politische Führungsriege entwickelte Typologie im Mittelpunkt des Interesses.

Herzogs Prämissen und Modelle sind zwar auf die BRD ausgerichtet, verfügen aber über eine signifikante theoretische Breite. Damit geht auch ein gewisser Mangel an Präzision einher, was aber durch die Adaption der Methodik nicht negativ ins Gewicht fällt. Letztlich stellen sich die fehlenden Präzisierungen für den intendierten Zweck, seinen Ansatz auf europäischer Ebene anzuwenden, als nicht hinderlich heraus. Außerdem ist der Fokus von Herzogs theoretischen Annahmen auf ein spezielles Land nicht so stark ausgeprägt wie z. B. bei Pierre Bourdieu oder Charles Wright Mills. Herzog konzentriert sich nicht nur auf einzelne Versatzstücke einer Laufbahn wie parteiorganisatorische Faktoren oder herkunfts-basierte Elemente, sondern erfasst die gesamte Lebensbiographie als soziopolitischen Prozess.

Dabei arbeitet er nicht mit einem starren Set an Rahmenbedingungen, die eine Karriere beeinflussen. Vielmehr können diese sogenannten Opportunitätsstrukturen vor allem in Ausprägung und Wertigkeit variieren. Das bietet demnach die Möglichkeit, die Besonderheiten im EU-Institutionensystem und speziell im EP zu berücksichtigen. Nicht zuletzt ist auch sein karrieristisches Prozessmodell in seiner Grundstruktur gut für eine empirische Untersuchung adaptierbar – und das unabhängig von der politischen Ebene. Die genannten Punkte sind maßgebliche Faktoren dafür, dass Dietrich Herzogs verlaufssoziologischer Ansatz, der in Kap. 2.2 eingehend geschildert wird, als Nukleus des theoretischen Überbaus gewählt wurde.

Vorab muss noch darauf hingewiesen werden, dass sich sämtliche Ausführungen, die sich an den theoretischen Annahmen Dietrich Herzogs orientieren, auf Deutschland bzw. die deutschen Eliten beziehen, sofern dies nicht explizit anderslautend vermerkt ist. Allerdings

sollen Herzogs Annahmen fernab von nationalen und supranationalen Beispielen wahrgenommen und auf eine höhere Ebene abstrahiert werden, so dass davon ein übergeordneter Ansatz abgeleitet werden kann.

2.1 Die politische Eliten- und Karriereforschung im Überblick

2.1.1 Politische Elite oder politische Klasse?

Obwohl im thematischen Konglomerat zwischen politischen Führungsgruppen, Karrieremustern und politischer Professionalisierung die Existenz einer Gruppe von Berufspolitikern hohe Relevanz besitzt, kann an dieser Stelle keine erschöpfende Diskussion über die für diese Personen verwendbaren Termini geführt werden. Im vorliegenden thematischen Rahmen können die vielfältigen definitorischen Wandlungen, welche die Bezeichnungen für die Spitzenpositionen einer Gesellschaft durchlaufen haben, nicht aufgearbeitet werden. Deshalb wird die Frage, welche der in Forscherkreisen umstrittenen Begrifflichkeiten *politische Klasse* und *politische Elite* zu verwenden ist oder ob es sich bei politischen Führungskräften nun um *Elite* oder um *Eliten* handelt, in diesem Kontext nur cursorisch behandelt werden. Für eine weiterführende Einarbeitung in die Diskussion ist auf die vielfachen Auseinandersetzungen verschiedener Autoren zu verweisen.⁹⁷ Hier soll der Begriffsdiskurs lediglich angedeutet und – angelehnt an Herzog – eine kurze Einschätzung im Hinblick auf Bestimmung und praktische Anwendung der Begriffe abgegeben werden.

Es wird häufig argumentiert, dass parlamentarische Hinterbänkler zwar Teil der politischen Klasse sind, aber nicht der politischen Elite angehören. Während die politische Klasse alle Personen einschließt, die durch eine dauerhafte politische Tätigkeit ihre Einkünfte erzielen, ist für die Zugehörigkeit zur politischen Elite die tatsächliche Einflussnahme auf den politischen Entscheidungsprozess maßgeblich.⁹⁸ Zumeist wird also *politische Klasse* als breiterer Begriff verwendet, während unter *politische Elite* ein engerer Zirkel gefasst wird. Für viele Wissenschaftler ist die politische Klasse ein Produkt der politischen Professionalisierung und lebt als solches von der Politik.⁹⁹ Durch dieses berufliche Strukturmerkmal und andere Eigenheiten, die an dieser Stelle nicht näher definiert werden sollen, grenzt sich dieser

⁹⁷ Siehe dazu v. a. ders. 1992, ders. 2000a, Gruber 2009: 32-41 sowie die Publikationen von Jens Borchert und Lutz Golsch.

⁹⁸ Siehe dazu z. B. Golsch 1998: 34f.

⁹⁹ Vgl. Borchert 1999: 13f.

Personenkomplex von anderen gesellschaftlichen Gruppen ab. Gemäß dieser Unterscheidung ist die politische Klasse demzufolge – wie es Lutz Golsch formuliert – über „die Ausübung von Politik als dauerhafter Tätigkeit zur Erzielung eines regelmäßigen Einkommens determiniert“¹⁰⁰, während die politische Elite über eine verantwortliche Machtposition und den beträchtlichen Einfluss auf politische Entscheidungen zu charakterisieren ist.

Fast alle Forscher, die sich mit der Begriffsproblematik befassen, stimmen zwar überein, dass die politische Professionalisierung Voraussetzung für das Entstehen der politischen Klasse ist. Ob sich daraus eine Kausalität ableiten lässt – darüber besteht jedoch keine Einigkeit. So verweist unter anderem Dietrich Herzog auf die Prozesshaftigkeit des Aufkommens einer politischen Klasse, die zwar eine Konsequenz der politischen Professionalisierung sein kann, es aber nicht notwendig sein muss.¹⁰¹ Andreas Gruber ist am Beginn seiner Forschungsarbeit über die Karriereverläufe deutscher Spitzenpolitiker der Meinung, dass durch die Auswahl des Begriffes der Elite als Bezeichnung für eine Führungsgruppe in der Politik der Gebrauch anderer theoretischer Terminologien wie politische oder herrschende Klasse ex ante ausgeschlossen ist.¹⁰² Durch diese klare Abgrenzung unterbindet er jegliche Definitionsstreitigkeit im Vorfeld seiner Untersuchung. Eine aus etlichen verschiedenen Erklärungsansätzen zusammengestellte Definition der politischen Klasse bieten Hans-Dieter Klingemann, Richard Stöss und Bernhard Weßels, die diesem *Aggregat* sowohl gruppenspezifische als auch funktionale Kennzeichen zuschreiben. Sie arbeiten letztendlich die sechs Merkmale Karriere, politische Kompetenz, Klassenbewusstsein, Problemlösungskapazität sowie horizontale und vertikale Kommunikation als in der Realität auftretende Charakteristika dieser sozialen Gruppe heraus.¹⁰³

Ein zusammenfassender Blick auf die Publikationen Dietrich Herzogs offenbart, dass er bei Verwendung und Erläuterung der Begriffe politische Elite und politische Klasse meist ungenau bleibt und sowohl den einen als auch den anderen Terminus in zwei Aufsätzen zum Thema¹⁰⁴ als benachbarte Ausdrücke benutzt. Die Bezeichnung Elite konnotiert er vornehmlich mit der Frage nach den Machtverhältnissen, während er die Klasse mit Thema Struktur und Funktionsweise staatlicher Herrschaftsorganisation in Verbindung bringt.¹⁰⁵ Die politische Elite repräsentiert laut Herzog keinen sozioökonomischen Status, sondern gilt für

¹⁰⁰ Golsch 1998: 34.

¹⁰¹ Vgl. Borchert 2003: 111f.; ders. 1999: 14.

¹⁰² Vgl. Gruber 2009: 19.

¹⁰³ Vgl. Klingemann/Stöss/Weßels 1991: 33.

¹⁰⁴ Siehe Herzog 1991; ders. 1992.

¹⁰⁵ Vgl. Herzog 1992: 127.

ihn lediglich als ein politikwissenschaftlicher Struktur- und Funktionsbegriff. Dieser umschreibt eine eigenständige, mit keiner anderen sozialen Kategorie identische Gruppe, die eine wichtige Systemfunktion ausübt.

Die politische Klasse versteht er in Anlehnung an Gaetano Mosca und den französischen Politologen George Burdeau

„als eine Zusammensetzung aus den Regierungsmitgliedern, den Parlamentsabgeordneten, in föderativen Systemen den Landesregierungen, den Leitern staatlicher Betriebe und öffentlicher Körperschaften, den Spitzen der Ministerialbürokratie, den Mitgliedern politischer Beratungsgremien, den Vorständen politischer Parteien sowie den Spitzenfunktionären der großen Interessensorganisationen.“¹⁰⁶

Folglich fasst er diese Gruppierung, die in einem steten Handlungskontext miteinander arbeitet und Netzwerke untereinander knüpft, eher breit, da er auch Vertreter der sogenannten administrativen Elite berücksichtigt. Abgesehen von der Eingrenzung der Gruppe in allen Einzelheiten ist das Hauptcharakteristikum der Kategorie die regelmäßige Teilnahme an staatlichen Entscheidungen.¹⁰⁷ Die Mitglieder der *classe politica* unterhalten Herzogs Meinung nach in einem strategischen Kern – der idealerweise aus den Fraktionsvorständen, der Regierung und der Spitze der Ministerialverwaltung besteht – zusammenlaufende vertikale und horizontale Kommunikationsbeziehungen. Auf diesem Beziehungsgeflecht basiert die Handlungsfähigkeit der Gruppe, die sich darüber hinaus Konsens und demokratischen Normen verpflichtet fühlt. Diese unveräußerlichen demokratischen Werthaltungen, welche die Gruppenangehörigen uneingeschränkt teilen, verkörpern den sogenannten nicht-kontroversen Sektor, der auch den härtesten politischen Auseinandersetzungen Grenzen setzt.¹⁰⁸

Insgesamt sieht Herzog die politische Klasse in einer schwierigen Lage, da sie vielfach kollidierende Partikularinteressen gesellschaftlicher Gruppen, Institutionen und Organisationen ausgleichen und eine umfassende Aktionsstrategie entwerfen müsse, was nur mit Hilfe von Konflikteindämmung, Kompromissen und Koalitionen gelingen könne. Zentrale Funktionen der politischen Klasse seien demzufolge Interessensselektion und Erhaltung der parlamentarischen Steuerungskapazität. Gesondert verweist er darauf, dass sich aufgrund eines offeneren Zugangs zu politischen Führungspositionen die Rekrutierungsbasis

¹⁰⁶ Ebd.: 128.

¹⁰⁷ Vgl. Klingemann/Stöss/Weßels 1991: 31f.

¹⁰⁸ Vgl. Herzog 1991: 11; ders. 1992: 137.

verändert habe und somit auch die Zusammensetzung der politischen Klasse heterogener geworden sei.¹⁰⁹ Diese Beobachtungen verdeutlichen offenkundig Herzogs pluralistische Sichtweise auf die Elitenselektion. Abschließend resümiert er, dass in Deutschland die Gefahr gering sei, dass sich die politische Klasse zu einer autoritären Machtelite verfestige, was abermals seine Unbekümmertheit im Umgang mit den Begrifflichkeiten bestätigt.¹¹⁰

Obwohl Herzogs Ausführungen zu entnehmen ist, dass er zur Verwendung des Begriffs der politischen Klasse tendiert, macht er letzten Endes nicht deutlich, warum diese Begrifflichkeit zur Analyse der soziopolitischen Steuerung eingeführt werden soll. Jens Borchert und Lutz Golsch werfen ihm in diesem Zusammenhang sogar vor, er verwische mit seiner Erklärung der politischen Klasse über die Merkmale Entscheidungsteilnahme und Steuerungsfunktion die Grenzlinie zum politischen Elitebegriff.¹¹¹ Darüber hinaus mag die Herzog'sche Konzeption eines strategischen Kerns innerhalb der politischen Klasse stark an die gängigen Elitedefinitionen anderer Forscher angelehnt zu sein. Wichtiger als die Begriffsdiskussion an sich scheint ihm der Hinweis auf die Tatsache zu sein, dass

„es der Elitenforschung an einer hinreichenden theoretischen Grundlegung mangelt, die den kollektiven politischen Akteur neben den politischen Institutionen als (notwendigen) Bestandteil eines politischen Systems begreift, und zwar zugleich als abhängige und als unabhängige Variable.“¹¹²

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass der Großteil der Wissenschaftler der politischen Elite per definitionem die Schlüsselwörter Macht und Einfluss zuschreibt, während für die politische Klasse die Attribute Professionalität und Eigeninteresse prägend sind. Einige Forscher plädieren deshalb in Bezug auf die Unterscheidung dafür, die beiden Begriffe unter dem Aspekt verschiedener forschungslogischer Richtungen anzuwenden. Während sich das politische Elitenkonzept vorwiegend auf aktteursperspektivische und institutionelle Strukturen konzentrierte, würden die Analysen mit dem Ansatz der politischen Klasse integrativer und umfassender wirken, da sie die Erforschung von Parlamenten, Parteien und sozialen Führungsgruppen zusammenführen würden.¹¹³

Grundsätzlich überschneiden sich beide Kategorien bei den meisten Definitionsversuchen und ihre Trennung ist eine rein konzeptionelle Unterscheidung, welche für die vorliegende

¹⁰⁹ Vgl. Herzog 1991: 8; ders. 1992: 140-142; Gruber 2009: 34.

¹¹⁰ Vgl. Herzog 1991: 13.

¹¹¹ Vgl. Borchert/Golsch 1995: 612f.

¹¹² Klingemann/Stöss/Weßels 1991: 32.

¹¹³ Siehe z. B. Stolz 2011: 35f.; Borchert/Golsch 1995: 612; Borchert 2003: 131.

Untersuchung kaum von Belang ist.¹¹⁴ Da Dietrich Herzog zudem keine präzise definitorische Abgrenzung der beiden Begriffe vornimmt, weil auch er diese primär mit unterschiedlichen Erkenntnisinteressen und Fragestellungen verbindet¹¹⁵ und noch dazu mit den Parlamentariern nur ein Teil der politischen Führung der EU in der Untersuchung erfasst wird, ist eine Festlegung auf einen Ausdruck verzichtbar. Weder das eine noch das andere Konzept ist also ganzheitlich betrachtet von großer Relevanz für das vorliegende Thema, weshalb die Begriffe parlamentarische Elite bzw. Klasse synonym verwendet werden, sofern deren Gebrauch erforderlich ist.

Um in jeder Hinsicht von politischen Karrieren und Berufspolitikern sprechen zu können, benötigte es die vielfältigen Entwicklungen politischer Professionalisierung, die im Laufe der Jahre schrittweise erfolgten bzw. noch erfolgen. Die Professionalisierung führte dazu, dass Politik auf höchster Ebene – in den nationalen Parlamenten und Regierungen oder auch im EP – in den meisten Ländern Europas hauptberuflich betrieben wird. Im anschließenden Abschnitt sollen nun die in mehrfacher Weise stattfindenden Prozesse der politischen Professionalisierung als notwendige Schritte zu einer beruflichen Karriere in der Politik näher beleuchtet werden.

2.1.2 Politische Professionalisierung

a) Der sozialwissenschaftliche Professionalisierungsbegriff

Die Sozialwissenschaften weisen dem Begriff der Professionalisierung keine präzise Definition zu.¹¹⁶ Dietrich Herzog definiert den Typus *Berufspolitiker*, das Produkt des politischen Professionalisierungsprozesses, primär über dessen Lebensgestaltung, die auf der ökonomischen Absicherung durch eine politische Tätigkeit fußt und über seine wie auch immer geartete politische Qualifikation, die dieser sich meist im Laufe seiner politischen Karriere erworben hat. Lange und kontinuierliche Karrieren sieht Dietrich Herzog als positive Voraussetzung für eine genaue Kenntnis der Komplexität politischer Probleme. Die gewonnenen praktischen Erfahrungen seien hilfreich beim Verständnis der parlamentarischen und administrativen Praxis, bei der Bildung von wichtigen Kommunikationsnetzwerken und bei der Koordination kollektiver Akteure. Im engeren Sinn markiert für Herzog der Wechsel

¹¹⁴ Vgl. Borchert/Golsch 1995: 614f.

¹¹⁵ Vgl. Gruber 2009: 34; Herzog 1992.

¹¹⁶ Vgl. Geißel/Edinger/Pähle 2004: 37.

eines anfangs ehrenamtlich tätigen Politikers in bezahlte politische Ämter und Mandate die individuelle Professionalisierung dieser Person.¹¹⁷ Demnach erfolgt dieser Schritt seiner Ansicht nach zwischen der zweiten und der dritten Phase seines Prozessmodells der politischen Elitenrekrutierung, welches in Kapitel 2.2.2 ausführlich erläutert wird.

Bevor die einzelnen Ausprägungen bzw. Ebenen der politischen Professionalisierung geschildert werden, muss der Professionscharakter der Politik – ohne auf einzelne Details zu dieser komplexen Frage einzugehen – kurz beleuchtet werden. Die Berufssoziologie weist dem Begriff der *Profession* eine herausgehobene Stellung gegenüber der *Arbeit* und dem *Beruf* zu. Sie ist demnach nicht nur Erwerbsarbeit, sondern zeichnet sich unter anderem durch eine spezielle Qualifizierung, ein exklusives Recht zur Berufsausübung und Prestige aus. Bei einer Profession handelt es sich also um eine exklusive Tätigkeit, die einem erschwerten Zugang unterliegt, da eine gewisse Problemlösungskompetenz auf einem speziellen Themenfeld eingebracht werden muss.¹¹⁸ In der privaten Berufswelt weist eine Profession grundsätzlich vier Merkmale auf:

- Berufsverband existent, der die Ausübung des Berufes auf Qualifizierte beschränkt
- Renommierete Berufsbezeichnung
- Ethischer Verhaltenskodex
- Rechtlich kodifizierte und institutionalisierte Ausbildung¹¹⁹

Es gibt zwar unterschiedliche Konzepte zur Definition dieser besonderen Erwerbskategorie, jedoch beinhalten die meisten die oben genannten Charakteristika. An anderer Stelle nennt der auch für Auflistung dieser Kennzeichen verantwortliche Hansjürgen Daheim als Eigenschaften einer Profession erstens eine spezialisierte intellektuelle Technik, die im Zuge der Ausbildung oder während der Berufsausübung erlangt wird sowie zweitens eine besondere Kollektivitätsorientierung in Form eines besonderen Bewusstseins der Verantwortlichkeit. Drittens führt Daheim das Bestehen einer Berufsorganisation an, welche Zugang und Qualifikation angehender *Professionals* sowie die Erfüllung berufsspezifischer Verhaltensnormen überprüft.¹²⁰

Auch von anderen Autoren existieren diverse Merkmalslisten, die jedoch inhaltlich alle eine nur geringfügig abweichende Stoßrichtung aufweisen oder Daheims Katalog lediglich unwesentlich erweitern. So zählt z. B. Wilensky, auf den sich Daheim mit seinem Konzept

¹¹⁷ Vgl. Gruber 2009: 160.

¹¹⁸ Vgl. Z'graggen 2009: 18-20.

¹¹⁹ Vgl. Herzog 1990: 33; Golsch 1998: 42.

¹²⁰ Vgl. Herzog 1975: 183.

bezieht, das Kriterium der bezahlten Vollzeittätigkeit zu den Professionsmerkmalen¹²¹, während Geißel, Edinger und Pähle unter anderem den Kompetenzvorsprung und die Asymmetrie im Verhältnis von Professionellem und Klient sowie einen hohen Grad an Autonomie anführen. Des Weiteren nennen die drei deutschen Wissenschaftler die Erbringung von Dienstleistungen bzw. Werten für die Gesellschaft und gesellschaftliches Ansehen der Berufsvertreter als Kriterien für die Bewertung einer Erwerbstätigkeit als Profession. Abschließend kommen sie in ihrer Einschätzung der Politik als Profession zu einem ambivalenten Ergebnis, was unter anderem durch die fehlende institutionalisierte Ausbildung der Politiker bedingt ist.¹²²

Letztlich zeigt auch dieses Beispiel, dass die Definition der Politik als Profession stark umstritten und die Argumentationsrichtung in erster Linie von den individuellen Interpretationen der Forscher abhängig ist. Obwohl die genannten Kriterien im engeren Sinn nicht auf die Politik anwendbar sind, können unter der Prämisse idealtypischer Merkmale dennoch konkrete Anknüpfungspunkte vermerkt werden. Zwar gibt es weder eine rechtlich anerkannte Ausbildung noch eine geschützte Berufsbezeichnung oder einen Berufsverband, der die Ausübung des Berufes durch Nicht-Qualifizierte sanktioniert. Trotzdem ist den Politikern in einem gewissen Maß ein Berufsethos zu attestieren, das sich in festgelegten oder ungeschriebenen Verhaltensregeln widerspiegelt, ohne die ein Bestehen im Politikbetrieb kaum möglich ist.¹²³ Darüber hinaus identifiziert Herzog ein Zusammengehörigkeitsgefühl der politischen Elite, für welches er den in der Elitenforschung gängigen Begriff des *esprit de corps* verwendet. Dieses partei- und fraktionsübergreifende Phänomen charakterisiert er hauptsächlich als ein Zeichen sozialer Abgrenzung und professioneller Exklusivität, die infolge der intensiven Betätigung und Kontaktpflege im *Kosmos Politik* entsteht.¹²⁴

Im Hinblick auf Ausbildung und Zugangsbeschränkung ist ein Studium inzwischen durchaus als karrierefördernde Voraussetzung für ein Leben in der Berufspolitik zu nennen. Außerdem ist der u. a. in Deutschland üblichen *Ochsentour* und der politischen Karriere an sich der Status einer speziellen praktischen Lehrzeit zuzuschreiben, da auf den einzelnen Stufen der Karriereleiter, angefangen bei der Kommunalpolitik, das nötige Know-how für das professionelle Geschäft *Politik* erlernt wird. Über die Teilhabe am politischen System durch die Besetzung verschiedener Ämter und Mandate eignen sich Politiker also eine informelle

¹²¹ Vgl. Gruber 2009: 44f.

¹²² Vgl. Geißel/Edinger/Pähle 2004: 38-40.

¹²³ Vgl. Rebenstorf 1991: 226f.

¹²⁴ Vgl. Herzog 1975: 185.

Qualifikation für ihre berufliche Tätigkeit an.¹²⁵ Eine formalisierte Ausbildung wäre aufgrund der Eigenarten des Politikerberufes widersinnig, vor allem in Anbetracht dessen, dass Mandatsvergabe und Ämterbesetzung in der Regel durch Wahl erfolgen. Unter diesen Voraussetzungen „wird sich kaum jemand zu einer mehrjährigen Ausbildung entschließen können, ohne daß er mit Sicherheit von einer späteren 'Anstellung' durch Wahl ausgehen kann.“¹²⁶

Das Fehlen eines Berufsverbandes wird nach Ansicht einiger Forscher durch die zunehmend professionell organisierten Parteien kompensiert. Anhand von Rekrutierungs- und Selektionsinstrumenten kontrollieren sie maßgebend den Zugang zu politischen Positionen und organisieren die Grundstrukturen für die politische Arbeit ihrer Spitzenvertreter. Der Ausschluss *Unbefugter* ist in gewisser Weise gegeben, wenn Mechanismen wie Parteien- oder Wahlkampffinanzierung, Sperrklauseln im Wahlsystem und Unterschriftenquoten für eine Kandidatur berücksichtigt werden.¹²⁷

Letzten Endes ist das Ergebnis der Untersuchung des Professionscharakters der Politik in einer differenzierten Zusammenschau von Ambivalenz geprägt, auch weil keine rechtlichen Standards zur Verortung einzelner beruflicher Tätigkeiten in den Bereich der Professionen vorhanden sind. Viele Wissenschaftler stimmen der Einordnung der Politik als Profession nur eingeschränkt zu,¹²⁸ obwohl sie die Existenz der politischen Professionalisierung nicht verleugnen können. Dietrich Herzog dagegen argumentiert mit einer Vielzahl von Tatbeständen, die die Identifizierung der Politik als Profession stützen. Der Zwiespältigkeit der Bewertungen und ihrer Interpretationen entsprechend tituliert Jens Borchert Politik als professionsähnlichen Beruf mit speziellen Stärken und Schwächen.¹²⁹

b) Die verschiedenen Aspekte politischer Professionalisierung

Abseits der Diskussion über die Semantik einer Profession bzw. eines Berufs Politik lässt sich die politische Professionalisierung nicht bestreiten, zumal sie sich in verschiedenartigen Ausprägungen nachweisbar vollzog. Im Zuge dessen war und ist die Professionalisierung der Politik immer wieder Gegenstand demokratietheoretischer Bedenken, da sie klassischen Grundsätzen der Demokratie wie dem gänzlich offenen Zugang zu politischen Mandaten für

¹²⁵ Vgl. Geißel/Edinger/Pähle 2004: 50.

¹²⁶ Burmeister 1993: 55.

¹²⁷ Vgl. Gruber 2009: 45, 47f.; Z'graggen 2009: 22-24; Borchert 2003: 152-158.

¹²⁸ Siehe z. B. Hohm 1987: 75f.; Rebenstorf 1991: 227; Golsch 1998: 43.

¹²⁹ Vgl. Herzog 1990: 34f.; Borchert 2003: 163.

alle Bürger, der Ausübung eines Mandats als Ehrenamt und dessen temporärer Begrenzung auf eine kurze Zeitspanne entgegensteht.¹³⁰

Wie bereits angedeutet sollte bei der Anwendung des Begriffs der politischen Professionalisierung Berücksichtigung finden, dass dieser in unterschiedliche Aspekte zu unterteilen ist. So kann sich dieser Terminus einerseits auf den makro-historischen Prozess der Professionswerdung der Politik beziehen und andererseits in einer zweiten Bezugsperspektive für die Beschreibung der Professionalisierung von (I) Individuen, (II) politischen Ämtern, (III) Institutionen und (IV) Systemen eingesetzt werden. Diese vier Ebenen der politischen Professionalisierung sind die wesentlichen Bausteine für die Karrierisierung politischer Tätigkeiten, wie sie im letzten Jahrhundert stattgefunden hat. Obwohl alle vier Ebenen in der Praxis zusammengehören bzw. voneinander abhängen, ist eine Abgrenzung zu Analysezwecken sinnvoll.¹³¹ Bevor allerdings diese Teilaspekte politischer Professionalisierung näher ausgeführt werden, soll die dabei stets implizit enthaltene historische Entwicklung der Professionalisierung kurz aufgegriffen werden.

Unter historischer Professionalisierung ist der Prozess zu verstehen, der die Standardisierung, Routinisierung und Institutionalisierung einer Tätigkeit aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen und funktionaler Zwänge beschreibt.¹³² In der Politik bedeutet das vorrangig die Ablösung einer von Honoratioren gebildeten politischen Elite durch eine vorwiegend aus Berufspolitikern bestehende Gruppe. So

„wurden politische Tätigkeiten, die ehemals nur zeitweilig, ehrenamtlich und nebenberuflich waren, nunmehr zur Ganztagsbeschäftigung. Dieser historische Prozeß der politischen Professionalisierung ist seit Max Weber eine bekannte, wenngleich von der Öffentlichkeit bis heute nur widerwillig akzeptierte Tatsache.“¹³³

Angesichts der gestiegenen Komplexität und Arbeitsintensität politischer Betätigung, der Ausweitung der Staatsaufgaben und der zunehmenden medialen Aufmerksamkeit war die flächendeckende Professionalisierung der Politik im vergangenen Jahrhundert letztlich das notwendige Resultat einer kontinuierlichen Entwicklung.¹³⁴ Damit einhergehend ist die

¹³⁰ Vgl. Herzog 1993b: 44.

¹³¹ Vgl. Borchert 2003: 24-26; Borchert/Golsch 1995: 616f.

¹³² Anm.: Zur politischen Professionalisierung in historischer Perspektive in westlichen Demokratien, insbesondere in Deutschland, siehe Z'graggen 2009: 38-43; Borchert/Golsch 1999: v. a. 114-119; Herzog 1979.

¹³³ Herzog 1973: 109.

¹³⁴ Vgl. Borchert 2003: 29f.; Herzog 1993a: 112; ders. 1973: 131.

Attraktivität politischer Mandate durch Vergütung, verschiedene Hilfsdienste und Mitarbeiter, die den Abgeordneten zur Verfügung stehen, gesteigert worden. Dies soll unter anderem die hohe Arbeitsbelastung und den Verdienstaufschlag im privaten Beruf kompensieren, zumal die Politiker aufgrund des stark gestiegenen zeitlichen Aufwandes nicht mehr in der Lage waren, ihrer bisherigen Erwerbsarbeit im gewohnten Maß nachzugehen. Im Gegenzug zur sich ausbreitenden Professionalisierung der Politik wandelten sich auch die Strategien der Karriereplanung seitens der Politiker, weil ein Eintritt in die Berufspolitik anders als das politische Ehrenamt möglicherweise weitreichende Konsequenzen nach sich zieht. So kann etwa das Scheitern der erneuten Kandidatur eines Mandatsträgers nicht nur eine politische Niederlage, sondern überdies den Verlust der beruflichen Existenz bedeuten.¹³⁵

Wesentliche Einflussfaktoren des Professionalisierungsprozesses, der die Ausbildung von mehr oder weniger vorgeformten Karrieremustern beinhaltet, waren unter anderem die Stärkung des Parlaments, das Wahlrecht und die Weiterentwicklung der politischen Parteien. Lutz Golsch ist der Meinung, dass historisch betrachtet die sich wandelnde Rolle des Parlaments und die daraus entstehenden Veränderungen des Anforderungsprofils für politische Führungskräfte entscheidend verantwortlich für den Übergang vom Honoratioren- zum Berufspolitiker waren. „Politische Expertise und das Wissen um die Funktionsmechanismen einer Parteiendemokratie wurden zu Schlüsselqualifikationen bei der Rekrutierung von Parlamentariern.“¹³⁶ Insofern trug also auch die Demokratisierung der Politik dazu bei, dass sich diese professionalisierte. In diesem Zusammenhang muss aber darauf verwiesen werden, dass es sich beim historischen Prozess der politischen Professionalisierung um ein unauflösliches Paradoxon handelt, da die Geschichte des modernen Parlamentarismus von einer naturgemäß vorhandenen Widersprüchlichkeit von Demokratisierung und Professionalisierung geprägt ist:

„contradictory because, while democratisation refers to the opening up of the channels for political participation and legislative recruitment to a larger number of social groups, professionalisation refers to the process whereby those recruited tend to establish area-specific standards and routines which increase their own control over their legislative career, income, legal status and social standing, thus restricting access by others to the parliament arena.“¹³⁷

¹³⁵ Vgl. Borchert 2011: 273f.

¹³⁶ Golsch 1998: 46.

¹³⁷ Best/Cotta/Verzichelli 2006: 85.

Eine eingehendere Analyse des historischen Prozesses der politischen Professionalisierung ist an dieser Stelle überflüssig, da die Direktwahl zum Europäischen Parlament 1979 zu einem Zeitpunkt eingeführt wurde, als in historischer Perspektive bereits ein hoher Professionalisierungsgrad in der europäischen Politik erreicht worden ist. Die historische Professionalisierung der Politik fand zudem primär in den Nationalstaaten statt. Unter diesen Voraussetzungen und bedingt durch die spezifische Zusammensetzung durchlief das EP allenfalls eine historische Professionalisierung *im Zeitraffer*. Was bedeutet, dass das EP als echtes, supranationales Repräsentativorgan bereits 1979 – auch im Hinblick auf seine Vorgeschichte seit 1952 – einen vergleichsweise hohen Professionalisierungslevel erlangt hatte, der dann spätestens bis Mitte der 1990er Jahre in ein nahezu vollprofessionalisiertes Parlament mündete. Dennoch wird beispielsweise im Kapitel zur Opportunitätsstruktur schon wegen der Verflechtung der Professionalisierungsebenen auf einige Aspekte historischer Professionalisierung während des Untersuchungszeitraums von 1979 bis heute hingewiesen.

(I) Für die vorliegende Untersuchung ist der Aspekt der individuellen Professionalisierung von größtem Interesse, da die Ermittlung verschiedener Karrieretypen unter anderem durch die Analyse des Wandels von politisch ehrenamtlich Engagierten zu Berufspolitikern zu bewerkstelligen ist. Als individuelle Professionalisierung wird der Übergangsprozess verstanden, an dessen Ende eine Person hauptberuflich Politik betreibt und sich dadurch maßgeblich seinen Lebensunterhalt verdient. Während sich aus historischer Perspektive diese Herausbildung des Politikerberufes einmalig vollzieht, findet der geschilderte Vorgang notwendigerweise bei jeder einzelnen Person, die diesen Weg einschlägt, von Neuem statt. In dieser Professionalisierungsphase durchlaufen die angehenden Politiker eine Sozialisation durch die kollektiven Werthaltungen des Berufspolitikertums.¹³⁸

In Bezug auf die individuelle Professionalisierung kann in einer zweiten Dimension zwischen intellektueller und statusbezogener Professionalisierung unterschieden werden. Unter intellektueller Professionalisierung ist die Aneignung politischen Spezialwissens durch eine gute Ausbildung und die gesammelte politische Erfahrung zu verstehen. Als statusbezogene Professionalisierung wird zusammengefasst die Ergänzung oder der Ersatz des sozialen Status durch den politischen Status, der im Verlauf der Karriere erworben wird, bezeichnet.¹³⁹

¹³⁸ Vgl. Borchert 1999: 16.

¹³⁹ Vgl. Z'graggen 2009: 28.

(II) Die Professionalisierung politischer Ämter, die sich in erster Linie anhand der Indikatoren *materielle und personelle Ressourcen* sowie *Zeitaufwand* feststellen lässt, ist als die Phase der Verberuflichung¹⁴⁰, Konsolidierung und Expansion eines Amtes zu definieren. Ein Amt gilt also dann als professionalisiert, wenn sein Inhaber aufgrund der hohen Arbeitsleistung, die es erfordert, abgesehen von *Nebenbeschäftigungen* wie etwa Aufsichtsratsvorsitze u. ä. keinen anderen Beruf mehr ausüben kann und dafür angemessen bezahlt wird. Der Grad der Professionalisierung eines Parlaments bzw. der dort verorteten Ämter ist bis zu einem gewissen Maß – wenn auch nicht ausnahmslos zuverlässig – anhand der Höhe des Grundeinkommens sowie der Ausstattung mit personellen, infrastrukturellen und materiellen Ressourcen der Abgeordneten festzustellen. Möglicherweise besteht sogar ein Zusammenhang zwischen einem stark professionalisierten Parlament und restriktiven Regelungen für Nebeneinkünfte, da auf diese Weise wohl der vollen Konzentration der Parlamentarier auf ihre repräsentative Tätigkeit in der Politik Ausdruck verliehen wird.¹⁴¹ Das Einkommen von Abgeordneten und anderen politischen Amtsträgern rechtfertigt sich insofern, da ohne Bezahlung politischen Engagements in den Führungsebenen einer Gesellschaft eine breite Rekrutierungsbasis verloren ginge und Personen regieren würden, die es sich als eine Art *Hobby* leisten können.¹⁴²

(III) Prinzipiell weist der Professionalisierungsprozess politischer Institutionen, der sich hauptsächlich durch die Schaffung einer differenzierten Binnenstruktur, ein erhöhtes Budget und einen beachtlichen Anteil professionalisierter Mitglieder auszeichnet, Parallelen zu dem der politischen Ämter auf, da beide Entwicklungen meist miteinander einhergehen. Trotzdem kann es vorkommen, dass eine Institution professionalisiert ist, während ein Amt, das Teil dieser Institution ist, dies nicht ist. Theoretisch ist auch die umgekehrte Konstellation möglich, welche aber meist nur in einer Übergangsphase zur kongruenten Professionalisierung von Institution und Amt auftritt. Häufiger vorzufinden ist die

¹⁴⁰ Anm.: Die Verwendung des Begriffs *Verberuflichung* als Synonym für Professionalisierung ist äußerst umstritten. So weist z. B. Elmar Wiesendahl darauf hin, dass Professionalisierung die Verberuflichung einer Tätigkeit voraussetzt, die Professionalisierung jedoch vielmehr den Prozess der Etablierung einer Berufsgruppe zur Profession beschreibt. Insofern sei Verberuflichung besser als Wandel einer unbezahlten Tätigkeit in eine Erwerbsarbeit zu verstehen (Vgl. Wiesendahl 2001: 151). Prinzipiell ist die synonyme Verwendung der beiden Begriffe kontrovers, sie werden aber nur von wenigen Sozialwissenschaftlern derartig strikt unterschieden wie von Wiesendahl. Herzog, Patzelt und Edinger (siehe u. a. Patzelt/Edinger 2011: 10) wenden die Bezeichnungen bspw. synonym an. Im vorliegenden Fall wird der Begriff *Verberuflichung* eindeutig nur zur Benennung eines Teilbereichs der Professionalisierung gebraucht, was auch im weiteren Verlauf der Arbeit so gehandhabt wird.

¹⁴¹ Vgl. Z'graggen 2009: 129.

¹⁴² Vgl. Golsch 1998: 44; Herzog 1982: 96; Borchert 2003: 29.

erstgenannte Professionalisierungsasymmetrie, die sich z. B. darin äußern kann, dass professionelle Mitarbeiter den Hauptanteil der Aufgaben von *Amateurpolitikern* bewältigen.¹⁴³ Eine besondere Aussagekraft in Bezug auf Karrieren von Politikern entfaltet der Verlauf des Professionalisierungsprozesses einer Institution.

„Das jeweils vorherrschende Muster institutioneller Professionalisierung ist besonders für internationale Vergleiche von großer Bedeutung. Es unterscheidet sich stark zwischen solchen Institutionen, die ein Sprungbrett für andere Positionen darstellen, und solchen, deren Mitglieder einen längerfristigen Verbleib anstreben. Hier zeigen sich die Wechselwirkungen der Professionalisierung von Individuum, Amt und Institution.“¹⁴⁴

(IV) Eine synoptische Betrachtung von individueller, positionaler und institutioneller Professionalisierung einer Gesellschaft offenbart die Professionalisierung des politischen Systems. Als aussagekräftigster Indikator für den Professionalisierungsgrad dieser Ebene gilt das Verhältnis zwischen der Anzahl der professionalisierten Ämter in einem politischen System und der Einwohnerzahl. Weitere Kennzeichen, mit dessen Hilfe die Professionalisierung des politischen Systems eingeschätzt werden kann, sind das Bestehen deutlich erkennbarer Karrieremuster und die Höhe der finanziellen Ausgaben für Wahlkampf, Parteien und den Unterhalt der politischen Institutionen.¹⁴⁵

Zur Vereinfachung der Darstellung stehen im Verlauf der vorliegenden Arbeit die Formulierungen *politische Professionalisierung* bzw. *Professionalisierung der Politik* als Synonyme für die Professionalisierung der Politik im Allgemeinen und implizit für die individuelle Professionalisierung, sollten nicht explizit andere Ebenen genannt sein.

c) Die zentralen Professionalisierungsindikatoren

Um nochmals die enge Beziehung zwischen politischer Professionalisierung und Karrierisierung zu verdeutlichen: Die Professionalisierung der Politik im Allgemeinen, vor allem aber ihr individueller Aspekt, bildet den Ausgangspunkt für die Entstehung politischer Karrieren. Es gibt verschiedene Kriterien, an denen die politische Professionalisierung festzumachen ist. Dietrich Herzog identifiziert korrespondierend zu seiner im weiteren Verlauf noch dargestellten Karrieretypologie vier Merkmale, die seiner Vorstellung nach die Professionalisierung der Politik bzw. ihrer zentralen Akteure bedingen.

¹⁴³ Vgl. Borchert 1999: 16f.

¹⁴⁴ Borchert 2003: 28.

¹⁴⁵ Vgl. ebd.: 28f.

Als erstes Kennzeichen sei eine Spezialisierung der politischen Führungskräfte erkennbar, die sich in erster Linie in einem spezifischen Wissen über Inhalte und Eigenheiten des Politikbetriebs niederschlägt.

„Im Unterschied zum ‚Amateur‘ und zum gelegentlichen politischen ‚Aktivisten‘ hat der Berufspolitiker, im Zuge einer längeren Karriere über verschiedene Ebenen des politischen Systems und in verschiedenartigen politischen Rollen, spezifische Erfahrungen und Fertigkeiten gewonnen.“¹⁴⁶

Es sollte nicht unerwähnt bleiben, dass es sich bei der Spezialisierung um einen Prozess handelt, der sich in verschiedenen Ausprägungen niederschlägt. Ein Aspekt, der bereits geschildert wurde, beinhaltet den fortlaufenden Erwerb technischer Fähigkeiten und die Vertiefung des Wissens die Politik betreffend. Auch im Erlernen der Fähigkeit, das politische Handeln effizienter, ökonomischer und zeitsparender zu gestalten und in der Verbesserung der Arbeitstechniken im Politikbetrieb äußert sich die Spezialisierung als Anzeichen politischer Professionalisierung.¹⁴⁷

Eine weitere Form der Spezialisierung meint die detaillierte Kompetenzaneignung in einzelnen fachspezifischen Politikfeldern. Mit der steigenden Arbeitslast für Berufspolitiker kristallisierte sich die individuelle Fokussierung auf einzelne Fachgebiete der Politik als weiterer Aspekt der Spezialisierung heraus.¹⁴⁸ Als unerlässlichen Faktor der parlamentarischen Profilierung bezeichnen neben Herzog auch andere Wissenschaftler die konsequente Fachspezialisierung von Abgeordneten, vor allem während ihrer ersten Jahre nach der Wahl in ein Mandat.¹⁴⁹ Sehr gute Kenntnisse in einem Spezialgebiet eröffnen dem Abgeordneten für den weiteren Verlauf der Karriere aussichtsreiche Möglichkeiten. So kann der Parlamentarier durch spezifisches Wissen in einem bestimmten Politikbereich sein Prestige bei den Kollegen erhöhen, was einem späteren Aufstieg zum Ausschussvorsitzenden oder der Berufung in ein Ministeramt erfahrungsgemäß zuträglich ist. Ein anderer Effekt, den das zunehmende Expertentum zur Folge hat, ist die Annäherung von politisch-parlamentarischen und administrativen Eliten. Während die Führungsebene der Ministerialbürokratie zunehmend unter politischen Gesichtspunkten agiert, bürokratisiert sich das Abgeordnetenkollegium angesichts der starken Fachspezialisierung.¹⁵⁰ Abgesehen davon,

¹⁴⁶ Herzog 1993a: 113.

¹⁴⁷ Vgl. Patzelt 1995: 278-280.

¹⁴⁸ Vgl. Burmeister 1993: 51f.; Herzog 1975: 10.

¹⁴⁹ Siehe z. B. Burmeister 1993: 74.

¹⁵⁰ Vgl. Herzog 1992: 141.

dass diese Entwicklung im Hinblick auf Gewaltentrennung und Machtkontrolle bedenklich ist, trägt sie positiv zur politischen Steuerungsfähigkeit bei, der Herzog im Laufe seiner politikwissenschaftlichen Forschungstätigkeit zunehmende Relevanz einräumte.

Des Weiteren beobachtet Herzog eine fortschreitende Akademisierung des politischen Personals. Das Sozialprofil der politischen Eliten spiegelt nicht annähernd die soziale Formation der Gesellschaft wider.¹⁵¹ Ein akademischer Abschluss gilt in Politikerkreisen inzwischen als eine gängige Vorbildung und somit als Teil einer nicht verpflichtenden Form des Professionsmerkmals *institutionalisierte Ausbildung*, auch wenn diese Art der politischen Qualifizierung nicht flächendeckend zu beobachten ist. In den Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) liegt der durchschnittliche Anteil der Abgeordneten mit universitärem Abschluss bei rund zwei Dritteln aller Parlamentarier.¹⁵²

Der Zusammenhang zwischen politischer Professionalisierung und einer gestiegenen Akademikerquote besteht darin, dass die Arbeit in den Parlamenten die Abgeordneten gegenwärtig vor die komplexen Anforderungen einer professionalisierten Institution stellt. Der Großteil dieser Tätigkeiten ist mit einem hohen Bildungsgrad besser zu bewältigen. Außerdem ist für den hohen Anteil an Hochschulabsolventen wohl auch ein gewisses Maß an Kompetenz, das Personen mit akademischem Abschluss seitens der Wähler zugeschrieben wird, verantwortlich.¹⁵³ Die Akademisierung konzentriert sich zwar weiterhin vorrangig auf die Fachbereiche Rechts- und Sozialwissenschaften, jedoch schwindet der hohe Anteil an Juristen am politischen Führungspersonal mit zunehmender Ausdifferenzierung der Studiengänge und das sogenannte *Juristenmonopol* scheint folglich verwirkt.¹⁵⁴

Der dritte Indikator, die professionelle Strukturierung der Parteien, äußert sich laut Herzog besonders im parteilichen Quasi-Monopol auf die Rekrutierung und Sozialisation des politischen Nachwuchses und in der stetigen Weiterentwicklung der Wahlkampforganisation seitens der Parteien. Als eine Art Vorselektion kann dabei die Tatsache betrachtet werden, dass Nicht-Mitglieder größtenteils nicht am Wettbewerb um die Vergabe politischer Posten partizipieren. Indem die Parteien also die Auswahl- und Rekrutierungsfunktion ausfüllen, steuern sie den Zugang zu Positionen in der Politik und fungieren demzufolge zumindest teilweise als funktionales Äquivalent zu den Berufsverbänden.¹⁵⁵

¹⁵¹ Vgl. Herzog 1991: 9f.

¹⁵² Vgl. Z'graggen 2009: 105.

¹⁵³ Vgl. Golsch 1998: 120.

¹⁵⁴ Vgl. Herzog 1992: 137.

¹⁵⁵ Vgl. ders. 1990: 34; Geißel/Edinger/Pähle 2004: 39.

„Was die speziellen Berufs- oder Standesorganisationen betrifft, so kann man die modernen, organisatorisch verfestigten Parteien grosso modo durchaus mit den entsprechenden privatberuflichen Institutionen vergleichen. Auch sie kontrollieren – zwar nicht monopol-, aber doch oligopolartig – den Zugang zu politischen, zumal zu hauptamtlich politischen Positionen.“¹⁵⁶

Nach Meinung Herzogs und anderer Autoren treten Parteien bei der Auswahl politischer Eliten also mit einem gewissen Alleinvertretungsanspruch auf, auch wenn sie dabei nicht völlig autonom handeln können, weil soziale, ökonomische und andere externe Interessen die Personalentscheidungen beeinflussen. Dennoch weiteten die Parteien ihre Rekrutierungsrolle im Laufe der Zeit kontinuierlich aus.¹⁵⁷ Von den traditionell gebräuchlichen Parteifunktionen Mobilisierung und Integration der Bürger, Artikulation von Interessen, Repräsentation sozialer Gruppen, Kontrolle staatlicher Macht und Einflussnahme auf die Entscheidungen des Staates sowie Selektion von Führungspersonen hat letztere wohl am stärksten an Bedeutung gewonnen. Parteien entwickelten sich von Gesinnungsgemeinschaften zu *Karriere-gatekeepern*, die neben den anderen genannten Funktionen vor allem den Rekrutierungsprozess kanalisieren, indem sie nach Kriterien wie Anziehungskraft für den Wähler, soziale Repräsentativität und Bewährung in der Partei eine Kandidatenauswahl treffen.¹⁵⁸

Bereits in der politischen Sozialisationsphase verinnerlichen die meisten Berufspolitiker wichtige Werte und Normen für das letzte Indiz, das Herzog zur Verdeutlichung einer professionalisierten Politik anführt. So ist die politische Führungsschicht seiner Ansicht nach durch eine kollektive Identität, eine Art *esprit de corps*, welcher sich in gemeinsamen Verhaltensmustern sowie speziellen Sprach- und Umgangsformen manifestiert, verbunden. Dieses über die Parteigrenzen hinweg vorhandene *Wir-Gefühl*, das unter anderem dem kollektiven Interesse nach Fortführung der politischen Laufbahn geschuldet ist, beinhaltet einen Grundkonsens über gemeinsame Werthaltungen, der im Wesentlichen dem von Ernst Fraenkel geprägten Begriff des nicht-kontroversen Sektors entspricht.¹⁵⁹ In institutionalisierter Form kann der *esprit de corps* in Bestimmungen über Verhaltensregeln, wie es sie z. B. für deutsche Bundestagsabgeordnete gibt¹⁶⁰, auftreten. In diesem Fall nimmt

¹⁵⁶ Herzog 1975: 184.

¹⁵⁷ Vgl. ders. 1970a: 139-141.

¹⁵⁸ Vgl. Wiesendahl 2006: 103-110; Herzog 1975: 13, 62f.

¹⁵⁹ Vgl. Herzog 1990: 34f.; ders. 1992: 138-140.

¹⁶⁰ Anm.: Siehe Verhaltensregeln für Bundestagsabgeordnete vom 21. September 1972.

er die Gestalt eines *code of ethics* an, wie ihn Daheim und Wilensky als Charakteristikum eines professionalisierten Berufes beschreiben.¹⁶¹ Bedeutung und Konsequenzen dieses Aspekts der Professionalisierung werden mit einem Blick auf die Funktionsfähigkeit eines Parlaments klar ersichtlich. Die Akzeptanz bestimmter Verhaltensnormen und die als *Sitzen in einem Boot* verstandene Zugehörigkeit zur Elite einer politischen Entität federn interne persönliche und parteilich bedingte Streitigkeiten und Problemlagen ab und stärken auf diese Weise die Handlungsfähigkeit eines Parlaments.¹⁶²

Die genannten Ausprägungen verschiedener Verhaltenskodizes bilden aber, ob in formalisiertem Zustand oder nicht, nur einen kleinen Teil des kollektiven *esprit de corps* der Politikerklasse. Von noch größerer Bedeutung ist der sozialpsychologische Prozess der Identifikation mit der Politikerrolle, der für Herzog als wesentliche Voraussetzung dafür gilt, dass bei komplexen Problemen mithilfe persönlicher Netzwerke Kompromisse und Entscheidungen über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg getroffen werden können.¹⁶³ Einerseits führen Lösungen dieser Art und die geschilderte Abgrenzung der unorganisierten Gruppe politischer Führungskräfte von der Normalbevölkerung im Allgemeinen häufig zu Irritationen, die dem Ansehen der Berufspolitiker in der Öffentlichkeit nicht förderlich sind. Andererseits offenbart sich bei möglichen Krisensituationen oder unter den Bedingungen drohender Blockade- oder Lähmungserscheinungen des politischen Betriebs ein Vorteil. Da z. B. bei hohen Fluktuationsraten im Bereich des politischen Führungspersonals die Gefahr einer politischen Paralyse steigt, sind der Erfahrungsschatz sowie das Gefühl einer gemeinsamen Verantwortlichkeit und Zusammengehörigkeit von Seiten der politischen Elite gefragt.¹⁶⁴ Der Korpsgeist besitzt allerdings nicht nur einen nach innen einenden Effekt, sondern grenzt die Politiker auch von der restlichen Gesellschaft ab. Durch die Verwendung von Titeln wie Minister, MdEP u. ä. oder den Gebrauch von stereotypen Formulierungen mit separierendem Hintergrund in Bezug auf die *normale* Bevölkerung wird professionelle Exklusivität verdeutlicht und Distanz zu den Bürgern geschaffen.¹⁶⁵

Um – auch im Hinblick auf die Variablenbildung zur Untersuchung der Karrieren – das Spektrum der Professionalisierungs- und Karriereforschung über Herzog hinaus um einige

¹⁶¹ Vgl. Gruber 2009: 48.

¹⁶² Vgl. Herzog 1993b: 44.

¹⁶³ Vgl. Herzog 1979: 73; Klingemann/Stöss/Weßels 1991: 21.

¹⁶⁴ Vgl. Borchert/Golsch 1995: 613; Borchert 2003: 23; Herzog 1997: 322.

¹⁶⁵ Vgl. Herzog 1975: 185.

Details zu erweitern, werden abschließend einzelne von anderen Wissenschaftlern ermittelte Professionalisierungsanzeichen bzw. -kriterien diskutiert.

Lutz Golsch nennt als zentrale Kriterien für den Grad der individuellen politischen Professionalisierung vier Kennzeichen: Dauer der beruflichen Laufbahn, Erfahrung in kommunalpolitischen Ämtern, Erfahrung im politischen Beruf und innerparteiliche Laufbahn. Anhand dieser Variablen entwickelt er ein Typenmodell, in dem er zwischen fünf Grundmustern politischer Karrieren unterscheidet.¹⁶⁶ Herzog bewertet die Typologie Golschs in einer Rezension prinzipiell positiv und bemängelt lediglich die inadäquaten Benennungen der Karrieretypen.¹⁶⁷ Zu kritisieren ist außerdem, dass sich der Nutzwert der Typologie auf die Parlamentarier des deutschen Bundestags beschränkt und die Kategorien *verdienter Kommunalpolitiker* und *Parteipolitiker* nur schwerlich voneinander abgrenzbar sind.¹⁶⁸ Aufgrund des expliziten Zuschnitts auf den deutschen Bundestag und der geringen Flexibilität der Kategorien ist dieses Konzept deshalb nicht auf die Abgeordneten des Europäischen Parlaments anwendbar, bietet aber interessante Anregungen zur Ausgestaltung der zu erforschenden Karrierevariablen. Abgesehen davon schafft Golsch es, den Eintritt einer politisch engagierten Person in die Berufspolitik unkompliziert und einprägsam zu präzisieren.

„Für die Dauer der Zugehörigkeit zu einer politischen Institution, die ihren Angehörigen ein Leben aus den Einkünften durch die politische Arbeit ermöglicht, ist ein Politiker als professioneller Politiker einzustufen.“¹⁶⁹

Diese Interpretation stimmt ohne Anpassung mit der in der Analyse angewandten Definition der individuellen Professionalisierung bzw. des Berufspolitikers überein.

Nach Meinung des Jenaer Elitenforschers Michael Edinger sind für die Entstehung des Berufspolitikertums hauptsächlich die drei Faktoren gestiegene Arbeitsbelastung, erweiterte Sach- und Personalausstattung sowie entsprechende Vergütung von Parlamentariern verantwortlich.¹⁷⁰ Seiner Auffassung nach lässt sich der Grad der Professionalisierung im Wesentlichen an den Indikatoren Vorerfahrungen vor Eintritt ins Parlament, karrieresichernde Aktivitäten und Aufstieg in Führungspositionen ablesen. Die gesammelten Erfahrungen vor Erringen eines Mandats würden am deutlichsten Aufschluss über die erworbene politische

¹⁶⁶ Vgl. Golsch 1998: 106, 181-191.

¹⁶⁷ Vgl. Herzog 2000b: 739.

¹⁶⁸ Vgl. Gruber 2009: 211.

¹⁶⁹ Golsch 1998: 53.

¹⁷⁰ Vgl. Edinger 2009: 188-190.

Qualifikation geben, die im Regelfall Voraussetzung einer erfolgreichen Kandidatur sei. Auf diese Weise komme die politische *Lehrzeit* dem klassischen Professionsmerkmal einer standardisierten Ausbildung sehr nahe.

In Bezug auf die Absicherung der Karriere habe für Mandatsträger die Wiederwahl oberste Priorität. Um diese zu erreichen, sind zum einen Aktivitäten zur Wählerbindung und zum anderen eine ausgeklügelte Kandidaturstrategie (z. B. Doppelkandidaturen) nötig. Anhand der Angaben zu Kandidaturform und -erfolg sowie der durchschnittlichen Verweildauer im Parlament kann dieser Indikator ermittelt werden. Schließlich werden in Edingers Systematik Art und Ausmaß der politischen Professionalisierung durch die Untersuchung der erworbenen Führungspositionen in Fraktion und Parlament messbar.¹⁷¹ Zudem identifiziert Edinger die Kommunalpolitik als Basis für die Rekrutierung und die Qualifizierung von Berufspolitikern und bezeichnet diese in Anlehnung an Herzog als *Schule der Demokratie*. Der innerparteilichen Bewährung misst er vor allem als Qualifikationsphase und als Nachweis parteilicher Loyalität eine wichtige Bedeutung zu.¹⁷² In diesem Zusammenhang erklärt Edinger auch Ämtersukzession und -kumulation zu wesentlichen Anzeichen und gleichzeitig zentralen Voraussetzungen für politische Professionalisierung und Karrierisierung.¹⁷³ Beide Phänomene, sowohl die diachrone Abfolge politischer Posten als auch die synchrone Anhäufung von Ämtern und Mandaten, werden im nächsten Kapitel zu Dietrich Herzogs Vier-Phasen-Modell eingehend untersucht.

Jens Borchert benennt als strukturelle Voraussetzungen für die politische Professionalisierung – sowohl historisch als auch individuell betrachtet – zuvorderst ein verlässliches Einkommen. Die Attraktivität einer beruflichen Karriere in der Politik bemesse sich unter anderem an der Höhe der Einkünfte. Eine zweite Voraussetzung sieht Borchert in den Mechanismen der Karrieresicherung, die z. B. in Form einer Häufung von Ämtern auf unterschiedlichen Ebenen den Verlust eines Mandats auffangen. Die dritte Präsupposition für die politische Professionalisierung ist das Vorhandensein realistischer, inter- oder intrainstitutioneller Aufstiegschancen auf Karrierepfaden, die bereits beschritten wurden.¹⁷⁴ Auch wenn sich die individuellen Laufbahnbiographien der Berufspolitiker unterscheiden eint sie einerseits das Ziel des Aufstiegs auf der Karriereleiter und werden andererseits vorgeformte Karrieremuster erkennbar. Die Entstehung dieser Laufbahnmuster ist sehr eng mit der institutionellen

¹⁷¹ Vgl. Edinger 2009: 191.

¹⁷² Vgl. ebd.: 191f., 194; Herzog 1973: 119.

¹⁷³ Vgl. Edinger 2009: 195-197.

¹⁷⁴ Vgl. Borchert 1999: 14f.; ders. 2003: 24f.

Entwicklung verknüpft und beide Vorgänge beeinflussen sich gegenseitig. Aufgrund dessen ist im Zuge der Erforschung von Karrierewegen laut Borchert stets eine Untersuchung der Strukturen des Parlaments, des Abgeordnetenamts, der Wahlgesetzgebung, der Parteien und weiterer Faktoren erforderlich.¹⁷⁵

Das hier in theoretischer Form dargestellte Zusammenspiel von Professionalisierung und Karrierisierung befördert unbestritten das Vertrauens- und Legitimationsproblem der Politik gegenüber den Bürgern und die politische Elite wird somit zum Opfer ihres eigenen Erfolgs. Um daraus resultierende Gefahren für die demokratischen Systeme abzuwehren, ist es erforderlich, zukünftig eine bessere Balance zwischen der Professionalisierungsnotwendigkeit des politischen Betriebs und den Repräsentationsinteressen der Wähler wie bspw. höhere Verantwortlichkeit oder wirksamere Partizipationsmöglichkeiten zu erreichen.¹⁷⁶

Die in diesem Kapitel geschilderten Herzog'schen Professionalisierungsindikatoren sind Bestandteile seines übergeordneten theoretischen Ansatzes zur Erforschung politischer Karrieren. Als solche werden sie in angemessener Weise in die Zusammenstellung der Karrierevariablen für die Erhebung einfließen und ebenso maßgebliche Faktoren bei der Analyse der erzielten Ergebnisse darstellen. Die fragmentarisch geschilderten Professionalisierungsansätze von Golsch, Edinger und Borchert bieten partiell gute Ergänzungen zu den Ausführungen Herzogs und werden supplementär für den Aufbau der Untersuchung berücksichtigt. Für die Analyse werden jedoch grundsätzlich die theoretischen Überlegungen Herzogs zur Erforschung politischer Karrieren bevorzugt.

2.1.3 Elitentheoretische Einordnung Herzogs

Folgend soll systematisch aufgezeigt werden, welche theoretischen Überlegungen Dietrich Herzog im Bereich politische Eliten und Karrieren angestellt hat, die für das Forschungsvorhaben relevant sind. In den gesamten theoretischen Überbau fließen neben Herzogs Theorieansatz auch neue Erkenntnisse zur Karrieretheorie sowie Weiterentwicklungen und Vertiefungen seiner Ansichten seitens anderer Karriere- und Professionalisierungsforscher mit ein. Um Dietrich Herzogs Ansichten besser in den

¹⁷⁵ Vgl. Borchert 1999: 12, 20.

¹⁷⁶ Vgl. Edinger 2009: 212.

Gesamtkontext der politikwissenschaftlich-soziologischen Elitenforschung einordnen zu können, sollen nachfolgend kurz seine Positionen in Gegenüberstellung zu einigen traditionellen und zeitgenössischen Elitentheorien skizziert werden.

Die Standpunkte der Urväter der Analyse von Führungsgruppen, Gaetano Mosca und Vilfredo Pareto, hält Herzog – ohne deren grundlegende Leistung für die Erforschung von Eliten in Zweifel ziehen zu wollen – angesichts stark veränderter Gesellschaften und einem differierenden Zeitgeist für unzeitgemäß. Mosca führte den Begriff der politischen Klasse in den wissenschaftlichen Diskurs ein, indem er die gegenüber der beherrschten Masse in der Minderheit befindliche Gruppe der Herrschenden als solche bezeichnet. Die herrschende Elite verfügt nach seinen Vorstellungen über die monopolisierte Gestaltungsmacht und sichert sich damit gleichzeitig ihren Lebensunterhalt. Trotz des Willens zur individuellen Elitenreproduktion verändern sich durch die Entwicklungsprozesse in der Gesellschaft die spezifischen Eigenschaften, welche die Überlegenheit der Herrscher gegenüber der Mehrheit ausmachen. Demzufolge sieht Mosca die Ausbildung politischer Eliten als einen dynamischen, dem Wandel unterliegenden Vorgang.¹⁷⁷ Herzogs Haltung zu diesem Konzept ist unmissverständlich: „Die Zeiten eines Gaetano Mosca sind Vergangenheit. Alle Voraussetzungen für eine aristokratische Formierung der ‚politischen Klasse‘ sind längst in den Wogen des sozialen und demokratischen Wandels untergegangen.“¹⁷⁸ Trotzdem bleibt es Gaetano Moscas Verdienst, dass er in seinem an ein marxistisches Grundverständnis der historischen Dialektik angelehnten Konzept die Analyse der Herrschenden als zentrales Ziel in den Fokus rückte. Zudem vertritt er den zu Beginn des 20. Jahrhunderts innovativen Standpunkt, dass die Entstehung von Führungsgruppen an institutionelle Bedingungsfaktoren gebunden ist, jedoch die Eliten auch eine Rückwirkung auf die institutionelle Ordnung besäßen.¹⁷⁹

Neben anachronistischen Elitenkonzepten passen auch Machtelitentheorien nicht zu Herzogs pluralismustheoretisch geprägtem Ansatz. Seine Arbeiten grenzen sich deshalb klar von Robert Michels *ehernem Gesetz der Oligarchie* und von Charles Wright Mills' Machtelitentheorie ab. Beide Entwürfe basieren auf der Vorstellung, dass die Eliten einen geschlossenen, nahezu omnipotenten Machtzirkel bilden, dessen Existenz auf

¹⁷⁷ Vgl. Stolz 2011: 33, 37f.

¹⁷⁸ Herzog 1993a: 124.

¹⁷⁹ Vgl. Stolz 2011: 48f.; Herzog 1982: 15-17.

Machterhaltungsstrategien und Reproduktion basiert.¹⁸⁰ Während sich Michels überwiegend mit der Frage nach den Machtstrukturen in Großorganisationen beschäftigt, erörtert Mills die Zustände in der amerikanischen Gesellschaft unter besonderer Berücksichtigung des *Machtdreiecks* Politik, Militär und Wirtschaft.

Mills geht in seinem am Beispiel der USA ausgerichteten Ansatz davon aus, dass sich die Gesellschaftsstruktur in Industriestaaten nach dem Zweiten Weltkrieg hin zur Dominanz einer relativ homogenen Machtelite verändert hat. Diese bestehe aus den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Spitzenkräften, die das politische System im hierarchisch-autoritären Stil zunehmend beherrschen. Neben der Exekutivmacht verfügt die *Power Elite* auch über die entsprechende Geldmacht und schafft es, dass die Bevölkerung die realen Einflusstrukturen nicht umfassend durchschaut. Die entscheidenden Faktoren für die Entwicklung einer oligarchischen Machtelite sind laut Mills eine gewisse Gleichförmigkeit der Aufstiegswege und die damit verbundene Netzbildung sowie der Eliten Austausch zwischen den gesellschaftlichen Sektoren.¹⁸¹ Alles in allem bietet der stark herkunftszentrierte Ansatz von Charles Wright Mills allerdings nicht das notwendige Handwerkszeug, um einen sehr heterogenen, nationalstaatlich dominierten politischen Raum mit vorwiegend modernen demokratischen Gesellschaften wie die EU adäquat zu analysieren.

Nach Herzogs Meinung muss von der Annahme abgesehen werden, dass Führungsgruppen zwangsläufig starr, abgeschlossen und von der Masse entfremdet sind, da dies neuen Erkenntnissen der Elitenforschung im Wege steht. Nach seinem Dafürhalten sollte die im Zentrum der meisten Forschungsbeiträge zu Eliten stehende Struktur politischer Systeme dem Sujet der Funktion der politischen Entscheidungsträger – ihrer Handlungsfähigkeit bei Willensbildung und Entscheidung – weichen, um das wissenschaftliche Tätigkeitsfeld *Eliten* weiterentwickeln zu können. Nur durch dieses Ausbrechen aus dem traditionellen Paradigma sei es laut Dietrich Herzog möglich, dass die gegenwärtige und zukünftige Beschäftigung mit Eliten den Anforderungen, welche die Erforschung modernen Regierens in sozialstaatlich verfassten westlichen Demokratien mit sich bringt, gerecht wird.¹⁸²

Herzog sieht auch Ralf Dahrendorfs elitentheoretischen Ansatz, in dessen Zentrum ein nach Machterhalt strebendes, homogenes Elitenkartell steht, mit Blick auf Deutschland nicht mit der Realität vereinbar. Dahrendorf geht davon aus, dass die Homogenität dieser

¹⁸⁰ Siehe dazu Michels 1989; Mills 1967.

¹⁸¹ Siehe dazu Mills 1967.

¹⁸² Vgl. Herzog 2000a: 166, 169-172, 182.

Führungsgruppe auf einheitlicher Erziehung und Sozialisation ihrer Mitglieder basiert, was Herzog besonders vor dem Hintergrund eines gegenwärtig ausgeweiteten und differenzierten Bildungssystems als nicht gegeben erachtet.¹⁸³

Herzog plädiert zwar eindeutig für die Offenheit des Zugangs zu politischen Ämtern und speziell des Rekrutierungsprozesses, schiebt aber gleichzeitig Utopismus und Sozialromantik einen Riegel vor.

„Eine der Wählerschaft irgendwie proportionale soziale Repräsentativität der Abgeordneten wäre in einer sich zunehmend differenzierenden und mobilisierenden Gesellschaft weder herstellbar noch praktikabel.“¹⁸⁴

Für Legitimität und Funktionalität einer modernen Demokratie sei es nicht erforderlich, dass die personelle Besetzung des Parlaments die soziale Struktur der Gesellschaft widerspiegelt. Auch im Hinblick auf die Entscheidungsfindung der Repräsentanten ist eine entsprechende Spiegelung gesellschaftlicher Gegebenheiten nicht notwendig. Sie kann lediglich in Einzelfällen situativ und auf isolierte politische Fragen bezogen durch umfassende Kommunikation zwischen Parlament und Gesellschaft hergestellt werden.¹⁸⁵

Anknüpfungspunkte zu Herzog finden sich am ehesten bei Robert Dahl, der von einer pluralistischen Machtstruktur und der Grundannahme ausgeht, dass Ressourcen wie Ansehen, soziale Positionen, Bildung, Einkommen etc. entscheidend für die Zusammensetzung der Eliten sind. Diese Ressourcen stehen prinzipiell nicht Wenigen – wie bei Mills – sondern Vielen zur Verfügung, sind allerdings erstens ungleich verteilt und werden zweitens divergierend genutzt. Damit passen sich die elitentheoretischen Überlegungen Dahls in sein bekanntes Polyarchie-Konzept ein. Die unterschiedliche Verteilung und Nutzung der Ressourcen wirkt sich Dahls Ansicht nach auf Umfang und Intensität des Einflusses der jeweiligen Personen aus. Er bewertet Partizipation in diesem Kontext als die Ausnutzung von Einflussressourcen. Der tatsächlichen und potentiellen Einflussnahme von Individuen entsprechend unterteilt er diese in fünf Gruppen innerhalb der Herrschaftsstruktur (*leaders, subleaders, enrolled party members, followers, voters*).¹⁸⁶ Die in Grundzügen geschilderten Elitentheorien sind alle aus spezifischen landestypischen Beobachtungen heraus entstanden. Das zeigt, wie nationszentriert die bisherige Elitenforschung beschaffen ist. Dahl thematisiert

¹⁸³ Vgl. ders. 1992: 138; ders. 1993a: 124.

¹⁸⁴ Ders. 1993b: 22f.

¹⁸⁵ Vgl. ebd.: 28.

¹⁸⁶ Siehe dazu Dahl 1961.

wie Mills in seinen Untersuchungen primär die Verhältnisse in den USA, Dietrich Herzog legt den Fokus seiner Forschung auf sein Geburtsland Deutschland.

Auch der elitentheoretische Entwurf Pierre Bourdieus zielt gänzlich auf die gesellschaftlichen Gegebenheiten in Frankreich ab. Bourdieu unterteilt die Gesellschaft in eine herrschende Oberschicht, die beherrschte Unterschicht und die dazwischen befindliche Mittelschicht. Seine Klassen definieren sich primär über den Habitus, der sich als ein kollektives Phänomen aus verschiedenen determinierenden Faktoren zusammensetzt. Der klassenspezifische Habitus ist in der Summe ein System dauerhafter und übertragbarer Dispositionen. Die Abgrenzung durch den Habitus als Verinnerlichung bestimmter sozialer und ökonomischer Verhältnisse sowie die größeren Kapitalressourcen der herrschenden Klasse führen zur Reproduktion der Oberschicht. Diese Elitenreproduktion ist als Ausdruck der fehlenden Demokratisierung des Aufstiegsprozesses ein Kernelement der Machtelitentheorie Bourdieus.¹⁸⁷

Ein anderer wichtiger, bisher unerwähnter Soziologe, der sich über das Thema *Politische Professionalisierung* indirekt mit der Elitenforschung auseinandersetzte, ist Max Weber, den Herzog häufig als Ausgangspunkt seiner Publikationen verwendet. Max Weber erkannte, dass der Berufspolitiker in einer parlamentarischen Demokratie eine technisch betrachtet unentbehrliche Figur darstellt, die als notwendiges Übel zwar den historischen Entwicklungen entspricht, aber bei einem großen Teil der Bevölkerung kein hohes Ansehen genießt.¹⁸⁸ Wie von Weber in seinem vielzitierten Vortrag *Politik als Beruf*¹⁸⁹ prognostiziert, konnte und sollte die Politik im 20. Jahrhundert nicht von Honoratioren und Gelegenheitspolitikern gemacht werden, sondern von Personen, die für und überdies von der Politik leben. Weber, der „den unauflösbaren Zusammenhang zwischen Demokratisierung, Staatsentwicklung und Professionalisierung der Politik diagnostiziert hat“¹⁹⁰, konstruierte jedoch ein Bild des professionellen Politikers, das gegenwärtigen Maßstäben nicht mehr gerecht wird. Unter einer ökonomischen Prämisse betrachtet er wie auch Herzog die Lebensgestaltung als zentrales Moment zur Definition des Berufspolitikers, lässt dabei aber den Aspekt der politischen Qualifikation außer Acht.¹⁹¹ Jedoch deuten bereits die Beobachtungen Max Webers darauf hin, dass mit der Professionalisierung der Politik auch eine Karrierisierung einhergehen

¹⁸⁷ Siehe dazu Bourdieu 1993.

¹⁸⁸ Vgl. Palonen 2011: 60-62.

¹⁸⁹ Siehe Weber 1992.

¹⁹⁰ Borchert 2003: 23.

¹⁹¹ Vgl. Herzog 1993a: 109f.

werde. Er verstand z. B. schon damals, dass ein Honoratiorenparlament den Ansprüchen des modernen Staates nicht mehr genügt.¹⁹² Die Rolle des Abgeordneten veränderte sich vom Honoratiorenpolitiker hin zum Parteipräsidenten, der für seinen Aufwand und seinen Arbeitszeitausfall entschädigt wurde, und entwickelte sich danach weiter zu einem full-time-job, was sich entsprechend in der Höhe der Diäten niederschlug.

In einem nächsten Schritt, dem zentralen Abschnitt des Theoriekonstrukts, soll das bereits erwähnte, als karrieretheoretischer Ansatz betitelte Konzept Dietrich Herzogs im Mittelpunkt des Interesses stehen.

2.2 Der karrieretheoretische Ansatz Herzogs und die Weiterentwicklungen anderer Forscher

2.2.1 Die Genese des karrieretheoretischen Ansatzes

Dietrich Herzogs karrieretheoretischer Ansatz fußt grundsätzlich auf der Absage an die bisher angewandten Herangehensweisen bei der Erforschung von Karrieren. Er dekonstruierte drei dieser Konzepte, die er als unzureichend erachtete¹⁹³ und baute gleichzeitig seinen eigenen Theorieentwurf darauf auf, indem er einzelne, als sinnvoll befundene Komponenten der zurückgewiesenen Theorien herausgriff und mit seinen eigenen Ideen vereinte. Bevor der Kern der theoretischen Errungenschaften Dietrich Herzogs im Detail erörtert werden kann, muss also die Genese seines Konzeptes aus der Dekonstruktion der von ihm als stratifikationstheoretisch, persönlichkeitsstheoretisch und organisationstheoretisch bezeichneten Ansätze zumindest in Grundzügen dargelegt werden.

Der stratifikationstheoretische Ansatz, der die Rolle der gesellschaftlichen Schichtung für die politische Elitenrekrutierung in den Vordergrund stellt, wurde erstmals von Donald Matthews unter dem Titel seiner englischen Entsprechung *social background analysis* (SBA) systematisiert. Er betont, dass dieses Konzept – ausgehend vom jeweiligen sozialen Gefüge – zur Untersuchung der Einstellungen und Verhaltensweisen politischer Eliten, für die Erforschung des gesellschaftlichen Kontexts politischer Elitenrekrutierungsprozesse und zur Analyse des Zusammenhangs zwischen sich wandelnden Elitenprofilen und strukturellen

¹⁹² Vgl. Herzog 1966: 239.

¹⁹³ Siehe z. B. Herzog 1975: 17-35; ders. 1970b: 6-18.

Veränderungen gesellschaftlicher Formationen anwendbar ist. Anhand der in seinen Erhebungen erzielten Resultate kommt Matthews zu dem Schluss, dass eine höhere soziale Stellung eine mögliche Rekrutierung positiv beeinflusst.¹⁹⁴

„Mit dem Stratifikationsmodell wird angenommen, daß die politischen Aufstiegschancen einer Person abhängig sind von ihrer Herkunft aus einer bestimmten sozialen Schicht, Subkultur, Religionsgemeinschaft, Berufskategorie, Altersgruppe usw. Dementsprechend sind Individuen sozial – und folglich auch politisch – unterschiedlich privilegiert. Sie haben – um mit Max Weber zu sprechen – unterschiedliche ‚Lebenschancen‘, die auch die politischen Partizipationsmöglichkeiten umschließen.“¹⁹⁵

Zum besseren Verständnis der anschließend ausgeführten Kritik Herzogs werden nachfolgend einige Punkte der theoretischen Fundierung der Stratifikationsforschung knapp zusammengefasst.

Grundsätzlich sind bei der Erforschung der Sozialisation Formen, Phasen und Agenten im Lernprozess von Einstellungen und Verhaltensweisen zu unterscheiden. Als Formen des Erwerbs gelten indirekte (z. B. Adaption) und direkte (z. B. Lehre) Methoden, hinsichtlich der Phasen werden affektive Hinwendung und kognitive Untermauerung getrennt betrachtet. Die Gruppe der primären Agenten umfasst die Familie und erste *peer groups*, welche meist die stärkste affektive Sozialisationswirkung ausüben. Häufig bilden sich in dieser primären Sozialisationsphase, in der die Verinnerlichung erworbener Verhaltensweisen und Einstellungen besonders ausgeprägt ist, Persistenzen des Verhaltens und Affinitäten aus, die für politische Orientierungen und die tendenzielle Verbundenheit mit bestimmten Gruppen oder Institutionen eine wichtige Rolle spielen können. Diese fehlende Flexibilität bezüglich des Wandels einmal erworbener Verhaltensmuster und Werte erzeugt eine Mobilitätsbarriere und birgt die Gefahr von Verständigungsproblemen, selbst wenn sich Außenstehende die Habitus-Elemente einer Führungsgruppe aneignen. Dennoch wird durch Bildung erreichter sozialer Aufstieg v. a. in den jüngeren Generationen zunehmend selbstverständlich, weshalb die vom sozialen Hintergrund abhängige Chancengleichheit in Europa gegenwärtig weniger im Mittelpunkt steht als im 20. Jahrhundert.¹⁹⁶ Dennoch sollte dem Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft, Bildung und Aufstieg in Elitepositionen Aufmerksamkeit geschenkt werden.

¹⁹⁴ Vgl. ders. 1975: 19f.; ders. 1982: 76f.

¹⁹⁵ Herzog 1975: 20.

¹⁹⁶ Vgl. Rebenstorf 1997a: 127-129; ders. 1991: 220-222.

Der Soziologe und Politikwissenschaftler Robert Putnam erörtert vier mögliche Konstellationen, wie sich diese drei Komponenten einer (politischen) Karriere potentiell zueinander verhalten können. In Modell I stellen Ausbildung und soziale Herkunft zwei gesonderte Alternativen, über die der Sprung in die Elite erfolgen kann, dar. Der Realitätsbezug dieses Modells ist jedoch als gering zu bewerten, da soziale Herkunft nachweislich Bildungschancen determiniert. In Modell II beeinflusst die soziale Provenienz die Ausbildung, über die der Weg in die Elite führt, während ein Aufstieg, der lediglich auf der Herkunft fußt, unwahrscheinlich ist. Auf die Praxis übertragen ist der Erklärungswert dieses Modells als hoch einzuschätzen. Modell III sieht keinen genuine Zusammenhang zwischen Bildung und der Besetzung einer Elitenposition, ein hoher Bildungsgrad ist hier nur *Beiwerk*.

„Demnach wären Personen mit höherer Bildung in den Eliten nur überrepräsentiert, weil solche Personen häufiger aus privilegierten Bevölkerungsschichten stammen. Meritokratische Elemente spielen in diesem Modell keine Rolle, vielmehr wird der Zugang zu den Eliten durch die Oberklasse monopolisiert.“¹⁹⁷

Eine derartige Entkoppelung von Ausbildung und Zugehörigkeit zur Elite ist in der Realität allerdings nicht gegeben. Modell IV impliziert, dass der Bildung für das Erreichen einer Eliteposition eine wichtige Bedeutung zukommt, es dem Aufstieg in die Elite jedoch überdies zuträglich ist, wenn eine Person aus einer gutsituierten Bevölkerungsschicht stammt.¹⁹⁸ Die Wirklichkeit bestätigt diese Konstellation meist nicht. In Bezug auf Putnams Modelle bleibt festzuhalten, dass eine höhere Ausbildung gegenwärtig als eine Grundvoraussetzung für eine Laufbahn in der (politischen) Elite zu betrachten ist und Angehörige der oberen Bevölkerungsklassen auf diesem Weg Vorteile genießen, die in diesem Kontext nicht näher definiert werden können.¹⁹⁹

Letztlich ist die soziale Herkunft für einige grundlegende persönliche Weichenstellungen und somit auch für Teile einer Karriere relevant. Neben der Zugehörigkeit zu einem bestimmten gesellschaftlichen Sektor sowie der Ausbildungs- und Berufswahl beeinflusst sie auch die Einbindung in die Kommunikationsnetzwerke. Es ist also davon auszugehen, dass die soziale Herkunft in einem beträchtlichen Maß die gesellschaftliche Sektorzugehörigkeit und – als zentralen Aspekt dieser – die Berufswahl determiniert. Dabei nehmen klassenspezifische

¹⁹⁷ Hoffmann-Lange 1992: 130.

¹⁹⁸ Vgl. ebd.: 127-132.

¹⁹⁹ Siehe dazu z. B. Putnam 1976.

Aspirationen wie politische Präferenzen und individuelle Aufstiegsambitionen eine wichtige Rolle ein.²⁰⁰ Wie stark ausgeprägt diese Determination ist, ließe sich lediglich anhand einer vollständigen psychologisch-biographischen Durchleuchtung einzelner Personen messen, was jedoch im Rahmen einer umfangreichen quantitativ ausgerichteten Erhebung nicht zu leisten ist.

Lutz Golsch und andere Sozialwissenschaftler gestehen der sozialen Herkunft entgegen den vorangegangenen Schilderungen nur einen geringen analytischen Nutzen und eher einen Wert deskriptiver Natur zu.²⁰¹ Laut Herzog verdeutlicht der stratifikationstheoretische Ansatz ungeachtet der dargelegten Erklärungskraft nicht, warum einige Berufsgruppen tendenziell in höherem Maße in der politischen Elite vertreten sind als andere. Auch für die Annahme, dass Wandel in der sozialen Zusammensetzung der Führungsgruppen als Indiz für Veränderungen des Gesellschaftsprofils zu werten ist, sieht Herzog keine schlüssigen Anhaltspunkte. Außerdem fehle eine theoretische Grundlage, mittels der die etwaige Zugehörigkeit von Personen aus mittleren oder niederen Gesellschaftsschichten zur politischen Elite veranschaulicht werden könne. Weitere Schwachpunkte sieht er in der Ungenauigkeit und der Zweideutigkeit des Stratifikationsansatzes. Diese Mängel äußerten sich vor allem darin, dass das Modell sowohl eine Argumentation für eine stärkere Repräsentation der Personen aus privilegierten Verhältnissen als auch für die Vertretung der Angehörigen weniger bedeutender, mittlerer und unterer Gesellschaftsgruppen zulässt.²⁰²

Als bedeutendsten Einwand gegen den Stratifikationsansatz präsentiert Herzog eine prinzipielle Kritik an der Eindimensionalität des darin geschilderten Aufstiegsprozesses in die politische Elite. Die politische Rekrutierung sei kein einstufiger Vorgang, bei dem eine Person mit festgelegten sozialen Merkmalen in eine Führungsposition gelangt. Je nach Laufbahnphase können sich einzelne Merkmale sozialer Herkunft bzw. deren Bedeutung wandeln. Damit einhergehend verändern sich möglicherweise auch die Chancenstrukturen.²⁰³

Letzten Endes lässt das Stratifikationsmodell also die Frage offen, wie der Zusammenhang zwischen Elitenrekrutierung und sozialer Herkunft zu gestalten ist. Deshalb ist Herzog der Meinung, dass zu dessen Verbesserung drei zusätzliche soziologische Modalitäten einbezogen werden müssen. Als erste dieser Bedingungen sei die Nähe einer Berufsposition zur Politik zu beachten, da dieser Faktor die überproportionale Repräsentation bestimmter Berufsgruppen

²⁰⁰ Vgl. Rebenstorf 1997a: 130-132.

²⁰¹ Vgl. Golsch 1998: 107.

²⁰² Vgl. Herzog 1970a: 131-133; ders. 1970b: 7-11; ders. 1982: 77f.

²⁰³ Vgl. ders. 1975: 22f.; siehe dazu auch Gruber 2009: 79f.

begreiflich mache. Darüber hinaus komme auch der Art der Berufstätigkeit eine wichtige Rolle zu, da eine gewisse Ähnlichkeit dieser mit der Tätigkeit in der Berufspolitik einer politischen Karriere förderlich sein könne. Insbesondere Aufgabenbereiche, in welchen Verhandlungen geführt und Problemlösungen gefunden werden müssen, gelten als privilegierte Ausgangsbasis für eine Rekrutierung, da sie in gewisser Weise dem politischen Berufsmodell entsprechen. Demnach ist weniger die vertikal-hierarchische Dimension des Berufs entscheidend, sondern vielmehr die funktionale Komponente, der sogenannte *Situs*.²⁰⁴ Eine dritte Variable, die im Hinblick auf die Karrierechancen in der Politik eine zentrale Komponente darstelle, sei die Abkömmlichkeit vom privaten Beruf, die ebenso weniger mit dem Berufsstatus als vielmehr mit dem Maß an freier zeitlicher Gestaltung der beruflichen Tätigkeit korreliert. So ist dabei nach Herzogs Dafürhalten die Möglichkeit, einerseits den Privatberuf für ein politisches Mandat temporär ruhen zu lassen sowie andererseits politische Termine und Aktivitäten zeitungebunden in den Berufsalltag einschieben zu können, ein zentraler Faktor für die Abkömmlichkeit einer Person.²⁰⁵

Die traditionell angewandte SBA, die seit vielen Jahren dem Standardrepertoire politischer Elitenforschung zuzurechnen ist, reicht folglich für die tiefergehende Untersuchung von Karriereverläufen nicht aus, sondern kann lediglich als erster Schritt im Analyseprozess dienen. Besonders unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Relevanz der Zugehörigkeit zu einem gesellschaftlichen Sektor infolge der verbreiteten Auflösung vertikaler Klassenbildung und traditioneller sozialer Schichten deutlich abgenommen hat.²⁰⁶

Ein zweites von Herzog als unzureichend beschriebenes Modell ist der Persönlichkeitstheoretische Ansatz, der den Fokus auf individuelle Strukturierung der Wesensart einer Person legt. In diesem persönlichkeitsorientiertem Modell wird davon ausgegangen, dass psychologische Faktoren wie charakterliche Eigenschaften, individuelle Neigungen und Motivationen, persönliche Orientierungssysteme sowie sogenannte *belief systems* die zentrale Stellung im Rekrutierungsprozess einnehmen. Die selektive Funktion dieser persönlichen Komponenten äußere sich in dem Umstand, dass spezifische charakterliche Ausprägungen maßgeblich über die Eignung für den Aufstieg in politische Positionen entscheiden. In der Tradition klassischer Theoretiker wie Niccolò Machiavelli, der

²⁰⁴ Vgl. Herzog: 1982: 78f.

²⁰⁵ Vgl. ebd.: 79; ders. 1975: 29f.

²⁰⁶ Vgl. ders. 1993a: 115; Gruber 2009: 97; Rebenstorf 1997a: 129.

bezüglich in der Politik agierender Personen metaphorisch zwischen Löwen und Füchsen unterschied, postuliert dieses Modell den Kausalzusammenhang zwischen individuellen Charaktereigenschaften und politischer Elitenselektion.²⁰⁷

Als Vertreter der jüngeren Forschung bietet sich zum Beispiel Harold Lasswell an, der im Kern der Auffassung ist, dass politische Führungspositionen Positionen der Macht darstellen, weshalb hauptsächlich stark machtorientierten Personen (*power centered personalities*) der Karrieresprung in die politische Elite gelänge. Den Ursprung einer auf Machtgewinnung und -ausübung fixierten Persönlichkeit sieht Lasswell in der Kompensation von Inferioritätsgefühlen, Entbehrung und Frustration während der frühen Sozialisationsphase.²⁰⁸ Obwohl einige Karriereforscher wie Lewis Edinger, Gordon DiRenzo oder James Barber auf Basis vergleichbarer Theorieansätze durchaus plausible Ergebnisse erzielten, bleiben Zweifel an der methodologischen Grundkonzeption.

So weist die Herstellung einer kausalen Abhängigkeit zwischen individuellen Persönlichkeitsmerkmalen und politischer Elitenrekrutierung laut Dietrich Herzog einige schwerwiegende Mängel auf. Es kann beispielsweise nicht geklärt werden, ob spezifische Persönlichkeitsmerkmale die Basis für den politischen Aufstieg einzelner Personen bilden oder ob die charakterlichen Eigenschaften lediglich mit den Gegebenheiten in Führungspositionen in Einklang gebracht wurden.²⁰⁹ Des Weiteren steigt die Machtfülle in politischen Positionen nicht immer pyramidal zur Spitze hin an. Es ist möglich, dass die Besetzung eines kommunalen Amtes mehr Chancen zur Machtausübung bietet und mehr Handlungsspielräume eröffnet als ein nationales Regierungsamt, da Führungsgremien in der Politik zunehmend ausdifferenziert sind. Zudem ist die Vorstellung, dass nur ein Persönlichkeitstypus die funktionalen Anforderungen politischer Führungsrollen angemessen erfüllen kann, nicht mit der Realität vereinbar. Bei der Ausgestaltung politischer Elitepositionen unterliegen die Inhaber keiner strikten Definition ihrer Rolle, sondern es sind unterschiedliche Stile und individuelle Herangehensweisen zu beobachten.²¹⁰

In diesem Zusammenhang unterstellt Harold Lasswell durch seine Annahmen eine invariant konzipierte Persönlichkeitsstruktur, was der beobachtbaren Realität widerspricht und von Lasswell selbst einige Jahre später novelliert wurde. Demnach sind für eine erfolgreiche Karriere in der Politik die Eigenschaften Flexibilität, handlungsbezogene Sachlichkeit und

²⁰⁷ Vgl. Herzog 1975: 30f.; ders. 1970b: 13f.; ders. 1982: 81.

²⁰⁸ Vgl. ders. 1970a: 142f.; ders. 1982: 82; ders. 1975: 31f.

²⁰⁹ Vgl. ders. 1982: 83.

²¹⁰ Vgl. ders. 1975: 33f.; ders. 1982: 84f.

Kompromissfähigkeit relevant und alleinige Machtorientierung und Autoritätsdenken eher kontraproduktiv. Auch dieser Ansicht haftet ein hoher Grad an Pauschalität an und sie legt außerdem den Fokus auf die dynamische Interaktion zwischen Individuen und ihrem soziopolitischen Umfeld, was persönlichkeits-theoretisch betrachtet nur von untergeordneter Bedeutung ist.²¹¹

Neben den dargelegten Schwächen dieses Konzepts sollten auch die Probleme, welche die praktische Umsetzung der Erforschung individueller Persönlichkeitsmerkmale mit sich bringen, nicht außer Acht gelassen werden. Die kaum durchführbare empirische Erhebung individueller charakterlicher Eigenschaften komplettiert das mangelhafte Gesamtbild dieses theoretischen Ansatzes. Abgesehen vom Aufwand persönlicher Befragungen und der Gefahr bewusster oder unbewusster Manipulation der Antworten, wird kaum ein Politiker bereit sein, einem derart in die Privatsphäre eingreifendem Interview zuzustimmen.

Im *organisationstheoretischer Ansatz* genannten Analysemodell stehen die Parteien bzw. vornehmlich die parteiinternen Selektionsvorgänge im Mittelpunkt. Die Organisationsstrukturen moderner Parteien sind gegenwärtig in hohem Maße von Ausdifferenzierung und einer vielfachen Gliederung geprägt, da die Entstehung der Massenparteien einen derartig komplexen Aufbau notwendig werden ließ. Im Zuge dessen erweiterten die Parteien stetig ihren Anspruch auf Wahrnehmung der Rekrutierungsfunktion und die Auswahl politischen Führungspersonals wurde zu einer quasi-monopolisierten Kernkompetenz. Die Personalentscheidungsprozesse, deren Zustandekommen und das Geflecht parteilicher Gremien, einzelner Gliederungen und der Mitgliederbasis, das an der Auswahl der politischen Akteure beteiligt ist, bilden das Zentrum dieses dritten Ansatzes. Die Erklärungskraft der parteilichen Organisationsstrukturen und der damit verknüpften Rekrutierungsprozesse besitzt in diesem Modell zwar Priorität, aber es fließen auch die Faktoren soziale Herkunft, Beruf, Ausbildung und Persönlichkeit in die empirisch-analytische Erforschung der Führungsgruppen ein.²¹²

Es liegt in der Natur des organisationstheoretischen Ansatzes, dass dieser in stark von Parteien geprägten Demokratien eine besondere Relevanz entfaltet. Dort ist die Parteimitgliedschaft zumeist *conditio sine qua non*, um überhaupt in den Personalpool für politische Führungsaufgaben aufgenommen zu werden. Neben der Erfüllung dieser

²¹¹ Vgl. Herzog 1970b: 14f.; ders. 1975: 34; ders. 1982: 85f.

²¹² Vgl. ebd.: 86-88; ders. 1970b: 16f.; ders. 1975: 62f.

Grundvoraussetzung gelten vor allem die Bewährung in der Partei durch loyales Auftreten sowie die Aneignung politik- und parteispezifischer Kenntnisse in Ämtern und Mandaten als zentrale Bausteine, um in der Konkurrenz innerparteilicher Führungsauswahl bestehen zu können.²¹³ Bestimmte Phänomene wie Quereinsteiger und Parteiwechsler können mit dem organisationstheoretischen Ansatz kaum erläutert werden, weshalb auch dieses Modell einer Erweiterung um zusätzliche theoretische Komponenten bedarf. Letztlich ist dem organisationstheoretischen Ansatz aber im Vergleich zu den vorher dargestellten Modellen eine beachtliche Analysekapazität zuzuschreiben, vor allem in ausgeprägten Parteiendemokratien, wie sie auf dem europäischen Kontinent zahlreich vorkommen.

Abschließend kommt Herzog zu dem Schluss, dass der Fortgang von Elitenkarrieren mit den bekannten Modellen nicht angemessen abgebildet und analysiert werden kann. Prinzipiell erfüllen zwar alle dargelegten theoretischen Modelle einen gewissen Definitionsnutzen, dem allerdings Grenzen gesetzt sind.²¹⁴ Diese Grenzen besitzt auch Herzogs karrieretheoretischer Ansatz, dennoch erachtet er diesen als das Modell mit dem höchsten Erklärungswert. Im Gegensatz zu anderen Vertretern der Forschung, die meist nur auf einen Aspekt der Elitenbildung (z. B. entweder sozialstrukturelle oder parteiorganisatorische Faktoren) abzielen, gelingt Herzog anhand des karrieretheoretischen Ansatzes eine synoptische Darstellung politischer Karrieren und der vorgelagerten Lebenszusammenhänge einzelner Politiker.

Als ein zentrales Element des karrieretheoretischen Analyseansatzes zeichnet das Vier-Phasen-Modell, das den Verlauf einer politischen Laufbahn in einzelnen Schritten veranschaulicht, einen schematischen Grundriss der Karriere. Dieses bei der empirischen Untersuchung sehr hilfreiche Modell soll im nächsten Kapitel ausführlich dargelegt werden.

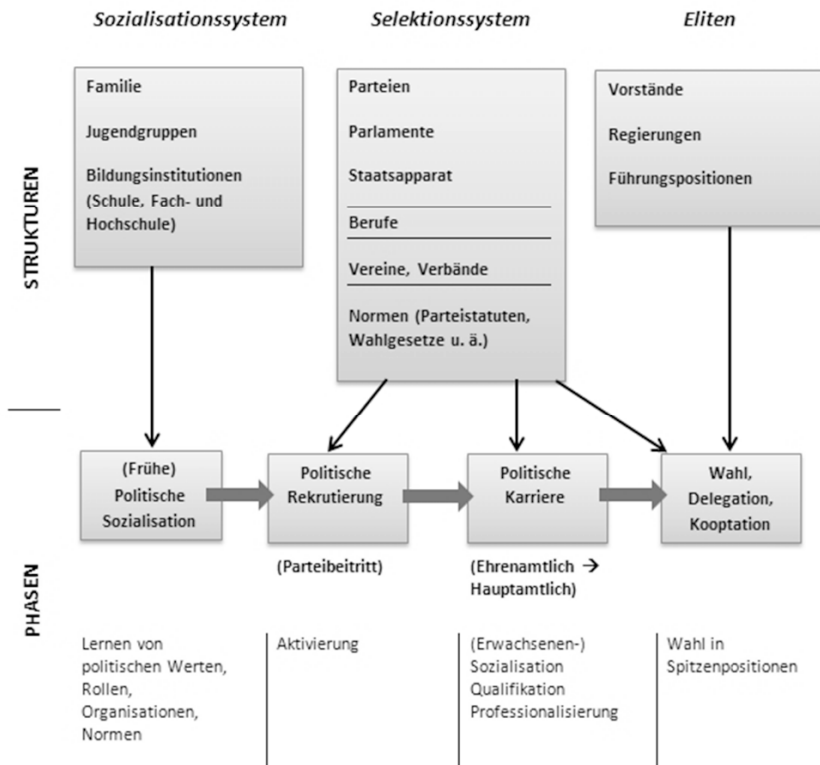
2.2.2 Das Vier-Phasen-Modell der Karriere

Herzog ist der Ansicht, dass die dichotome Unterscheidung zwischen Herrschenden und Beherrschten die Situation in modernen Gesellschaften nicht mehr adäquat abbildet (siehe Kap. 2.1.3). Er sieht den Aufstieg in die politische Elite weder als Glücksfall noch als einen

²¹³ Vgl. Edinger 2009: 194; Herzog 1982: 99f.

²¹⁴ Vgl. Herzog 1982: 76.

durch Geburt vorgezeichneten Weg, sondern als einen maßgeblich von den institutionellen Gegebenheiten beeinflussten Prozess, den er in vier Phasen unterteilt.



Quelle: Eigene Darstellung (nach Herzog 1982: 93).

Abbildung 1: Prozessmodell der politischen Elitenrekrutierung

„Als Phasen bezeichnet werden Abschnitte im Verlauf objektiver Rollen-, Positions- und Statusveränderungen von Individuen mit den jeweils phasenspezifischen Veränderungen (subjektiver) politischer Einstellungen, Motivationen, Kenntnisse, Fähigkeiten, usw.“²¹⁵

Das Vier-Phasen-Modell bildet das Kernstück des karrieretheoretischen Ansatzes, auf welches sich die Bearbeitung der Fragestellungen auch im Wesentlichen stützen wird.

²¹⁵ Herzog 1975: 46.

Während die vorhandenen Forschungsrichtungen sozialstrukturelle, psychische oder parteiorganisatorische Bedingungen analysieren, versucht Dietrich Herzog mit dieser Methode

„die Rekrutierung von Führungspersonal als einen kollektiven soziopolitischen Prozeß insgesamt zu erfassen. Im Zentrum steht dabei der Begriff der Karriere, verstanden als eine Sequenz von Positionen, die Personen typischerweise auf ihrem ‚Weg zur Spitze‘ durchlaufen.“²¹⁶

Die Sequenz von Positionen, welche für Herzog eine der wichtigsten Merkmale einer politischen Karriere darstellt, gleicht sinnbildlich einer Kette mit aneinandergereihten Gliedern, welche in ihrer Länge variabel ist. Bei der Analyse der Karrierewege finden nicht nur die eigentlichen Phasen der Karriere ab Eintritt in Beruf oder Politik Berücksichtigung, sondern es soll auch die vorgelagerte Sozialisation in Kindheit und Jugend auf objektiv oder subjektiv vermittelte Einflüsse durchleuchtet werden.²¹⁷

„Dabei werden sowohl die politischen Karriere-Wege als auch – damit zusammenhängend und sich gegenseitig beeinflussend – die beruflichen und gegebenenfalls die innerverbandlichen Karrieren zum Forschungsgegenstand.“²¹⁸

Wie in Abb. 1 sichtbar wird, erfasst Herzog die Person des Politikers von Kindheit an. Die Auswahl der politischen Führungskräfte ist demzufolge eine mögliche Konsequenz des Lebenslaufs, der Prozess politischer Elitenbildung beginnt also lange vor der eigentlichen Karriere in der Politik.²¹⁹ Bevor nun die vier Phasen des Prozessmodells politischer Elitenrekrutierung einzeln erläutert werden, soll in einem knappen Exkurs auf den zentralen übergeordneten Begriff der Karriere eingegangen werden.

Landläufig wird als Karriere „eine erfolgreiche Berufslaufbahn, insbesondere dann, wenn der soziale Aufstieg mit einem schnellen und außergewöhnlichen Zugewinn an Einkommen, Macht oder Prestige verbunden ist“²²⁰, bezeichnet. Doch diese Definition greift vor allem im Hinblick auf die Karrierisierung der Politik zu kurz. Hilke Rebenstorf formuliert eine für jeden gesellschaftlichen Sektor gültige Definition der Karriere, die in hohem Maß allgemeingültig und wertneutral ist:

²¹⁶ Ders. 1982: 89.

²¹⁷ Vgl. Gruber 2009: 52f.; Herzog 1975: 36-39; ders. 1982: 89f.

²¹⁸ Herzog 1982: 89.

²¹⁹ Vgl. Stamm 2008: 22f.

²²⁰ Herzog 1975: 39f.

„Karrieren sind im allgemeinen Verständnis Laufbahnen, die einen sukzessiven Aufstieg beinhalten. Eine Stufe wird verlassen, die nächste eingenommen, und das erfolgt nach einem mehr oder minder vorgegebenen Ablauf.“²²¹

An anderer Stelle ergänzt sie ihre prinzipiell gleichlautende Begriffsbestimmung noch um den Passus, dass sich eine Karriere stets innerhalb einer definierbaren Profession vollziehe.²²² Der Professionsbegriff ist, wie bereits in Kapitel 2.1.2 erörtert, im Hinblick auf die Berufspolitik allerdings stark umstritten, weshalb bei der Karrieredefinition besser darauf verzichtet werden sollte, um bei der Beschreibung eines Begriffs nicht das Problem eines anderen klärungsbedürftigen Terminus aufzuwerfen.

Um die Erläuterung Rebenstorfs vollends kompatibel zu politischen Karrieren zu machen, ist lediglich hinzuzufügen, dass die Laufbahnstufen in der Politik häufig nicht ganz verlassen werden, da zur Karriereabsicherung Positionen auf lokaler oder regionaler Ebene weiter besetzt oder neu erworben werden. Der *mehr oder minder vorgegebene Ablauf* illustriert die von Herzog als Karrieremuster oder Karrierewege bezeichneten Pfade in die politische Elite, die von Vorgängern im Rahmen der jeweils vorherrschenden Möglichkeiten gangbar gemacht wurden.

Joseph Schlesinger stellt in seiner Interpretation des Begriffs *politische Karriere* dagegen die Ambition in den Vordergrund. Sie motiviere das Individuum, größeren Einfluss zu erlangen.²²³ Herzog greift Schlesingers Ansatz auf und hebt besonders dessen Analyse sogenannter *political opportunity patterns* hervor, hält aber Schlesingers Annahme, politische Karrieren seien primär vom Ehrgeiz der Individuen und deren Orientierung an Karrierezielen determiniert, für zu pauschal.²²⁴

Herzogs Karriere-Definition tendiert in die gleiche Richtung wie Rebenstorfs allgemein gehaltene Formulierung, ist aber explizit auf die Politik zugeschnitten, was ihm ermöglicht, präziser und enger gefasst zu definieren:

„Politische Karrieren sind somit empirisch beobachtbare Muster typischer Mobilitätsprozesse, und sie sind zugleich ‚Muster‘ in dem Sinne, daß sie als Verhaltensregeln für aufstiegsorientierte Personen wirken.“²²⁵

²²¹ Rebenstorf 1997b: 159.

²²² Vgl. ders. 1991: 226.

²²³ Siehe dazu Schlesinger 1966.

²²⁴ Vgl. Várnagy 2008: 3; Herzog 1970a: 141f.

²²⁵ Herzog 1993a: 114f.

Die im Kapitel 2.1.2 dargelegte politische Professionalisierung steht für Herzog in einer engen Verbindung zur Karrierisierung individueller Laufbahnen, was ebenso von anderen Politik- und Sozialwissenschaftlern festgestellt wurde.²²⁶ Deshalb diagnostiziert er vorherige Führungsposten in Verbänden, politiknahen und -fremden Institutionen oder im Beruf, eine langjährige Parteimitgliedschaft und die Bewährung in der Kommunalpolitik einerseits als wichtige Karrierefaktoren und andererseits als wesentliche Indikatoren eines professionalisierten Politikers. Ein weiteres Merkmal dieser Art, das sich gleichzeitig meist förderlich auf die Karriere auswirkt, ist ein politisches Mandat, das je nach Dauer der Ausübung einen niedrigen oder hohen Professionalisierungsgrad anzeigt.²²⁷

Da die Parteien in den meisten europäischen Staaten Großorganisationen sind, in denen der individuelle politische Aufstieg verwirklicht werden kann, ist die Bindung an eine Partei meist unabdingbar. Die Struktur und Dynamik einer solchen Organisation verlangt auf der Gegenseite das Verbleiben im Positionsgefüge und das beständige Vorantreiben der Karriere. Ein zeitweiliger Rückzug aus dem politischen Laufbahnsystem ist nur in Ausnahmefällen vorgesehen. Diese Abhängigkeit der Berufspolitiker von innerorganisatorischen Modalitäten umfasst einen zentralen Aspekt der *carrierisation* und spiegelt gleichzeitig die Realitäten in professionalisierten Parteiendemokratien wider.²²⁸

Um den dynamischen Prozess der politischen Karrierebildung zu erfassen, unterteilt Herzog die Elitenbildung in die vier Phasen politische Sozialisation, politische Rekrutierung, politische Karriere und Elitenrekrutierung. Während dieses Entwicklungsverlaufes werden „Individuen von bloß Interessierten zu politisch Engagierten, dann zu ehrenamtlichen Funktionsträgern und schließlich zu Berufspolitikern“²²⁹. Bei der Entwicklung seines Phasenmodells nimmt er wiederum Anleihen aus der Berufssoziologie. Er adaptiert die Kernabschnitte von Delbert C. Millers und William H. Forms Einteilung in Vorbereitungs-, Eingangs-, Erprobungs-, stabile und Ruhestandsphase und formt daraus schrittweise ein an politische Karrieren angepasstes, theoretisches Zeitstrahlmodell.²³⁰

Parallel zu diesem Phasenmodell sollen laut Herzog die (Opportunitäts-)Strukturen, die Auswirkungen auf den Selektionsprozess und den Karriereverlauf haben, analysiert werden

²²⁶ Vgl. Edinger 2009: 209.

²²⁷ Vgl. Herzog 1976: 29-33.

²²⁸ Vgl. ders. 1975: 64f.

²²⁹ Herzog 1973: 110.

²³⁰ Vgl. ders. 1975: 98f.

(siehe Kap. 2.2.3). Neben formalen und subjektiven Voraussetzungen, Institutionen und Organisationen übt auch die generelle Ausgestaltung des politischen Systems Einfluss auf die Karrierechancen aus.

Als methodischen Weg zur Umsetzung der theoretischen Überlegungen wählt Herzog die longitudinale Erforschung individueller Biographien politischer Führungskräfte, die er anhand einer Erhebung mittels biographischer Daten und durch Interviews bewerkstelligt.²³¹ Die Durchführung einer direkten Befragung ist meist aufgrund der mühsamen Kontaktaufnahme, eines erheblichen Vorbereitungsaufwandes und einer niedrigen Antwortbereitschaft bzw. Rücklaufquote mit Schwierigkeiten verbunden, eröffnet aber neben dem Blick auf die objektiven Fakten auch Erkenntnisse über subjektive Ansichten und Bestrebungen. Einzelne Lebensabschnitte wie beispielsweise die Sozialisation durch die Eltern sind durch eine rein auf biographische Daten basierende Erhebung nicht nachzuvollziehen, dazu müsste auf Interviews zurückgegriffen werden, worauf aus andernorts detailliert erläuterten Gründen in dieser Arbeit verzichtet wird (siehe Kap. 2.2.1 und 3.1).

Herzog merkt zwar an, dass es länderspezifische Abweichungen bei den verschiedenen Modellen von Karrierewegen gibt, diese aber in Bezug auf die zentralen Entwicklungsstufen des Rekrutierungsprozesses und die maßgeblich einflussnehmenden Institutionen in Struktur und Systematik übereinstimmen.²³² Insofern muss das von Herzog für die nationale Ebene konstruierte und auf deutsche Spitzenpolitiker abgestimmte Vier-Phasen-Modell unter Berücksichtigung nationaler Besonderheiten auf die supranationale Ebene transferiert werden. Grundsätzlich sind national fokussierte Elitentheorien eher ungeeignet für die Analyse politischer Laufbahnen auf europäischer Ebene. Allerdings ist der Prozess der Elitenrekrutierung ein maßgeblich national determinierter Vorgang – das gilt auch bei den Abgeordneten des EP. Diese Tatsache erleichtert die Anpassung der Theorie Herzogs an die Gegebenheiten des Mehrebenensystems.

Im Anschluss sollen nun die für die nachfolgende Analyse relevanten Aspekte der vier Einzelphasen des Modells kurz illustriert werden.

a) Politische Sozialisation

In der ersten Phase, der (frühen) politischen Sozialisation, werden die Individuen in Familie, Jugendorganisationen und Bildungseinrichtungen wie Schule oder Universität durch erste

²³¹ Vgl. ders. 1982: 90.

²³² Vgl. ebd.: 91.

politische Kenntnisse und Orientierungen vorgeprägt (siehe Abb. 1). Herzogs Ansicht folgend ist die (frühe) politische Sozialisation als eine der eigentlichen Karriere vorgelagerte Phase anzusehen.²³³

Eine zusammenfassende Betrachtung der unterschiedlichen Sozialisationsinstanzen und ihrer Relevanz für die individuellen politischen Einstellungen offenbart eine Dualität, die sich in der Zweiteilung in affektive und kognitive Vorgänge äußert. Während sich erstere vor allem im Bereich Familie, *peer groups* sowie jeweiligen sozialen Gruppen vollziehen und für die Herausbildung eines allgemeinen Wertesystems verantwortlich sind, prägen Bildungsinstitutionen wie Schulen oder Hochschulen Individuen vorrangig kognitiv.²³⁴ Der Einfluss des frühen politischen Sozialisationsprozesses ist für die ideologische Orientierung, wie bereits im Kapitel 2.2.1 angedeutet, relativ hoch einzuschätzen.²³⁵

Die Sozialisationsforschung kommt zu dem Schluss, dass primäre politische Orientierungen – meist durch die Eltern vermittelt – flächendeckend relativ früh entstehen. Diese Feststellung lässt sich aber nur für Länder halten, die von einer traditionell starken und vergleichsweise beständigen politischen Kultur geprägt sind.²³⁶ So wirke sich laut Herzog z. B. in Deutschland „die politische Sozialisation durch die Eltern kaum mehr als Impuls für politisches Engagement oder sogar für eine politische Karriere (in der späteren Jugend- und Erwachsenenphase) aus.“²³⁷ Anhand seiner Politikerinterviews in Deutschland fand er in den 1970ern heraus, dass die Bedeutung der Familie bei der Vermittlung politischer Einstellungen und Werte eher gering zu erachten ist. Dies dürfte sich angesichts der Erosion traditionell verfasster Gesellschaften mit dominant-autoritären Elternhäusern, der gegenwärtig beobachtbaren frühzeitigen geistigen Emanzipation vieler Jugendlicher von ihren Eltern und der Einflüsse einer global orientierten Informationsgesellschaft noch verstärkt haben.²³⁸

Meist schafft die Familie einen ersten Zugang zu einem System prinzipieller politischer Werte und Einstellungen, das simultan und im weiteren Verlauf des Lebens von den *peer groups* perpetuiert wird. Prinzipiell ist also davon auszugehen, dass als entscheidende Faktoren der (Früh-)Sozialisation zunehmend Bildungsinstitutionen (Schule, Berufs-, Hochschule) und *peer groups* identifiziert werden können, während das Elternhaus eher eine periphere Rolle

²³³ Vgl. Gruber: 2009: 53.

²³⁴ Vgl. Rebenstorf 1991: 222.

²³⁵ Vgl. Herzog 1970a: 144.

²³⁶ Vgl. ders. 1982: 92.

²³⁷ Ebd.: 92.

²³⁸ Vgl. Rebenstorf 1991: 217-219.

einnimmt.²³⁹ Ähnlich wie Herzog und andere Forscher räumt auch Pierre Bourdieu den *peer groups*, die er als *Wahlverwandtschaften* bezeichnet, eine zentrale Stellung bei der politischen Sozialisation ein.²⁴⁰

Allerdings ist in diesem Kontext darauf hinzuweisen, dass der Einfluss der Eltern auf die politische Sozialisation ihrer Kinder in einzelnen Ländern nicht nur in Bezug auf die politische Kultur, sondern auch nach sozialem Status, persönlicher Prägung und individueller Einwirkung der Familie variieren kann. Dieser Aspekt ist jedoch nur von untergeordnetem Interesse, da in der vorliegenden Untersuchung keine Befragung von Abgeordneten durchgeführt wird und die Erfahrungen im Elternhaus somit ohnehin nicht nachvollzogen werden können.

Letztendlich konstatiert Herzog, dass sich während der Frühsozialisation grundlegende politische Loyalitäten ausbilden, die Sozialisation als sozialer Lernvorgang sich aber im Erwachsenenalter fortsetzt. Die konkreten politischen Einstellungen und Verhaltensmuster können sich während der tertiären (Erwachsenen-)Sozialisation in der Herzog'schen Phase *Politische Karriere* (siehe Abb. 1), deren theoretische Aspekte nachfolgend noch geschildert werden, durchaus weiterentwickeln und/oder verändern. Daher ist es unwahrscheinlich, dass die während der frühen Sozialisationsphase eingenommenen Wertvorstellungen in einer eventuell folgenden politischen Karriere unverändert beibehalten werden.²⁴¹

Es ist außerdem zu vermuten, dass die primäre und sekundäre Sozialisation bei den meisten späteren Politikern – auch angesichts eines breiten sozialen Spektrums, das im Sektor Politik personell vertreten ist – deutliche Unterschiede aufweist, während die vornehmlich innersektoral stattfindende tertiäre Sozialisation weitgehend ähnlich verläuft. Durch die vielschichtigen Übereinstimmungen in den Karriereverläufen entwickelt sich dabei häufig eine Art *common language*. Dieser Referenzrahmen, der sich typischerweise in Sprachstil, Umgangsformen, Kleidung usw. äußert, stellt meist das Ergebnis des politischen Sozialisationsprozesses dar und bildet unter anderem die Grundlage für Gesellschaftssektoren übergreifende Netzwerke.²⁴²

Abschließend sollte nicht unerwähnt bleiben, dass eine ausgeprägte politische (Früh-) Sozialisation nicht zwangsläufig in eine Karriere in der Politik mündet und umgekehrt nicht

²³⁹ Vgl. Gruber 2009: 100; Herzog 1975: 172, 225f.; Rebenstorf 1991: 220, 223.

²⁴⁰ Vgl. Rebenstorf 1991: 233f.

²⁴¹ Vgl. Herzog 1970b: 11f; ders. 1975: 38; ders. 1992: 138.

²⁴² Vgl. Rebenstorf 1997b: 157f., 191.

jede Politikerbiographie auf einer starken politischen Sozialisation im Jugendalter fußt.²⁴³ Eine wichtige Bedeutung kommt dabei der folgenden Phase, der politischen Rekrutierung zu, da in diesem Stadium – meist durch ehrenamtliches politisches Engagement – die Weichen für eine mögliche spätere Karriere gestellt werden.

b) Politische Rekrutierung

Den Übergang zum zweiten Abschnitt, der Rekrutierung, markiert meist der Parteibeitritt oder der Beginn eines parteinahen politischen Engagements. Die Parteimitgliedschaft ist in vielen Ländern die Voraussetzung für das Eintreten in das Selektionssystem und den Beginn einer politischen Laufbahn (siehe Abb. 1). In Staaten, in denen eine Parteimitgliedschaft formal nicht vorhanden oder kaum verbreitet ist, kennzeichnet die Kandidatur um ein Mandat den zentralen Schritt der Rekrutierung. Um diese Wegmarke von der Herzog'schen Phase der politischen Rekrutierung abzugrenzen, empfiehlt sich dafür der Begriff der *parlamentarischen Rekrutierung*, welche Herzog am Ende des zweiten Stadiums seines Modells verortet.²⁴⁴

In seiner Gesamtheit betrachtet folgt die Selektion von Politikern komplexen Rekrutierungsmechanismen. So umfasst nicht nur der im Vier-Phasenmodell wiedergegebene gesamte Auswahlprozess mehrere Abschnitte, auch die Einzelphase *politische Rekrutierung* ist mehrstufig konzipiert. Nach dem Eintritt in die Partei erfolgt laut Herzog als zweiter Schritt der politischen Aktivierung in der Regel die ehrenamtliche Betätigung in der Partei.²⁴⁵ Dabei durchlaufen die meisten politisch Engagierten zunächst eine parteinterne Erprobungsphase, bevor sie in einem dritten Schritt für öffentliche Positionen kandidieren und möglicherweise auch gewählt werden. Die Dauer dieser Karenzzeit steigt im Normalfall synchron zum Niveau der Einstiegshöhe des Neu-Politikers in das politische Laufbahnsystem.²⁴⁶ Hier befinden sich die Politiker dann bereits auf der Schwelle zur dritten Phase, der politischen Karriere.

Herzog schreibt einigen Professionen eine originäre Nähe zum Politikbetrieb zu, die sich förderlich für die individuelle politische Laufbahn auswirken könne. Häufig sind professionalisierte Politiker zum Beispiel schon vor ihrer Polit-Karriere der politischen Klasse angehörig, da sie in politiknahen Institutionen (Verbände, Interessensvertretungen, Gewerkschaften, usw.) arbeiteten oder als Parteifunktionäre bzw. -angestellte tätig waren. Die

²⁴³ Vgl. Herzog 1975: 38; Gruber 2009: 101f.

²⁴⁴ Vgl. Golsch 1998: 50.

²⁴⁵ Vgl. Herzog 1970a: 136.

²⁴⁶ Vgl. Rebenstorf 1997b: 164.

entscheidenden Faktoren für die Überproportionalität einiger Berufsgruppen unter den Berufspolitikern sind eine Tätigkeit in einem politiknahen Arbeitsfeld und eine relativ große zeitliche Flexibilität bzw. berufliche Abkömmlichkeit.²⁴⁷ Neben den Feldern Politik und Verwaltung denkt Herzog dabei vor allem an Berufsgruppen wie beispielsweise Juristen und Journalisten, die vergleichsweise wenig aufwändig sowie ohne große finanzielle Verluste vom öffentlichen in den privaten Sektor und zurück wechseln können (*revolving-door-effect*). Diese sogenannten Maklerberufe stimmen mit den Anforderungen eines politischen Mandats oder Amtes am besten überein.²⁴⁸

Bei den Mustern des Rekrutierungsprozesses sind prinzipiell die Eigenselektion, wie sie z. B. in den USA verbreitet ist, und die in vielen Parteiendemokratien gängige Kooptation voneinander abzugrenzen. In den meisten Staaten haben die Parteien – und demnach also die politische Klasse – die Rekrutierungsfunktion weitgehend monopolisiert, welche sie trotz Einwirkungen von außen auch umfassend zu nutzen wissen.²⁴⁹ Aus diesem Grund besitzen die parteiischen Organisationsstrukturen und die internen Prozesse eine hohe Relevanz für individuelle und kollektive Karrierewege (siehe Kap. 2.2.3).

Einerseits trägt die größtenteils innersektoral stattfindende Rekrutierung in den einzelnen Bereichen wie Politik, Wirtschaft und Verwaltung beträchtlich zur homogenen Ausgestaltung der fachlichen Qualifikation angehender Spitzenkräfte bei. Im Wesentlichen formiert sich die politische Elite im Umkehrschluss demnach aus einem Personenkreis, der innerhalb des *Systems Politik* Erfahrungen sammelte und dort seine bisherige Laufbahn gestaltete. Nach Herzogs Auffassung trägt das zwar zu einer Verstetigung der Karrieremuster im Besonderen und der Politik an sich im Allgemeinen bei, bewirkt aber gleichzeitig eine Routinisierung, die als klarer Nachweis zunehmender Professionalisierung gewertet werden kann.²⁵⁰ Andererseits bringt die personelle Abschottung der Sektoren, welche besonders im Bereich der Rekrutierung evident wird, auch vielschichtige Problemlagen mit sich (siehe Kap. 2.2.4).

Nichtsdestotrotz

„vollzieht sich der Rekrutierungsprozeß innerhalb eines isolierten Bereichs von Organisationen, der hauptsächlich aus den etablierten Parteien und den parlamentarisch-gouvernementalen Institutionen besteht. In ihm gelten spezifische Qualifikationsanforderungen und

²⁴⁷ Vgl. Edinger 2009: 184–186, siehe dazu auch Herzog 1975: 102–105; Gruber 2009: 115–118.

²⁴⁸ Vgl. Norris 1999: 88.

²⁴⁹ Vgl. Borchert 1999: 26; Herzog 1970a: 139f.

²⁵⁰ Vgl. Herzog 1992: 138; ders. 1990: 45.

Verhaltensnormen. Insofern kann man von einem ausdifferenzierten politischen Selektionssystem sprechen.²⁵¹

Die Karrierisierung des Rekrutierungsvorgangs erschwert Experten und Außenstehenden den Zugang zum politischen Selektionssystem, wie es Herzog definiert, demnach erheblich. Danach leistet die innerparteiliche Karrierisierung als wichtiger Aspekt der Elitenauswahl einen wesentlichen Beitrag zur vielschichtigen *Qualifikation* eines Berufspolitikers. Während des Aufstiegs vom ehrenamtlichen Lokal- zum Berufspolitiker lernen politisch Engagierte das Bilden von Mehrheiten, verbessern Argumentationsfähigkeit sowie Überzeugungskraft und erweitern ihren Horizont um die Eigenheiten ihrer Partei und des Politikbetriebs.²⁵²

c) Politische Karriere

Im Anschluss an die politische Rekrutierung folgt die Phase der politischen Karriere, die durch die Übernahme politisch verantwortlicher Positionen gekennzeichnet ist (siehe Abb. 1). Dieser Zeitabschnitt besitzt besonders im Hinblick auf den Elitenbildungsprozess und die politische Professionalisierung die größte Bedeutung, da dieses Stadium im Normalfall mit der individuellen Professionalisierung des Politikers beginnt, welche bereits in Kapitel 2.1.2 ausführlich dargelegt wurde. Teilweise startet diese besonders von politischen Institutionen geprägte Phase aber auch noch mit einem als Ehrenamt ausgeübten lokalen oder regionalen Mandat oder Parteiamt.²⁵³ Entscheidend ist, dass

„streng genommen erst dann von einer politischen Karriere gesprochen werden kann, wenn eine Person sukzessiv politische Positionen übernimmt, also organisatorisch fixierte Rollen vornehmlich in Parteien, Parlamenten und in Gremien des Staatsapparates innehat“.²⁵⁴

Neben der Entwicklung spezifischer fachlicher Orientierungen und dem Erwerb politischer Qualifikationen erfolgt im Laufe der Zeit eine zunehmende Identifikation mit der politischen Tätigkeit sowie, verbunden mit dem Wechsel in einen politischen Vollzeitjob, die Entfremdung vom privaten Beruf.²⁵⁵ Die politische Professionalisierung geht somit meist mit einer Deprofessionalisierung im privaten Beruf einher.

²⁵¹ Ders. 1975: 226.

²⁵² Vgl. ders. 1979: 72.

²⁵³ Vgl. Golsch 1998: 51.

²⁵⁴ Herzog 1975: 37.

²⁵⁵ Vgl. Gruber 2009: 53f.

Der Einstieg in die Berufspolitik erfolgt vorwiegend vergleichsweise spät – im Durchschnitt im beginnenden fünften Lebensjahrzehnt – als eine zweite Berufslaufbahn nach einer anderen erwerbsmäßigen Tätigkeit. Herzogs Feststellung, dass die politische Karriere nach einer gewissen Zeit der Parallelbetätigung zumeist der Ausübung eines anderen Berufes folgt, besitzt – wie auch Andreas Gruber unter Verweis auf das durchschnittliche Alter bei Professionalisierung betont – nach wie vor Gültigkeit.²⁵⁶ In der Praxis findet der Übergang zum *Berufspolitikertum* gemeinhin dann statt, wenn die Tätigkeit in einem politischen Amt zur beruflichen Haupteinnahmequelle wird.

Die politische Professionalisierung ist also neben der steigenden Arbeitsintensivität des politischen Engagements und der Vergütung besetzter Polit-Positionen vor allem durch die sukzessive Abnahme der Bindung an den privaten Beruf im Laufe der Karriere zu charakterisieren. Im Zuge dessen erfährt der angehende Professional eine weitere Form der Sozialisation und qualifiziert sich durch Besetzung von Ämtern und Mandaten sowie das Kennenlernen der politischen Funktionsmechanismen für höhere Aufgaben. Besondere Relevanz für die Qualifikation eines Berufspolitikers besitzt die Zugehörigkeit zu Parlamenten der lokalen oder regionalen Ebene, da diese aufgrund der ebenenübergreifend vergleichbaren Strukturen einen Erfahrungsvorsprung bewirken und deshalb als eine Art Eignungsnachweis für Mandate in nationalen oder europäischen Repräsentativorganen dient. Während dieser tertiären Sozialisation vervollständigen die meisten Politiker ihr Repertoire an politischen *skills*, z. B. die Kommunikation mit der politischen Basis, und spezialisieren sich in einzelnen Fachgebieten.²⁵⁷

„Politiker streben – wenn sich ihr Ehrgeiz nicht auf den Erhalt ihrer gegenwärtigen Position beschränkt – i.d.R. immer höhere Ämter an.“²⁵⁸ Nur selten bemisst sich der Wert eines Mandats bzw. Amtes jedoch nach der schlichten Hierarchisierung von der kommunalen über die regionale bis zur nationalen bzw. supranationalen Ebene. Zumeist geben die strukturellen Gegebenheiten im jeweiligen Land vor, ob beispielsweise ein Wechsel von einem nationalen Abgeordnetenmandat in ein Bürgermeisteramt oder auf einen regionalen Regierungsposten Rückschritt oder Aufstieg bedeutet.²⁵⁹ Neben den Wahlämtern besitzt in der Partei auch eine durch die Besetzung von parteilichen Posten illustrierte *Hausmacht* eine hohe Relevanz für die Karriere. Diese ist vor allem dann gefestigt und dem politischen Aufstieg förderlich, wenn

²⁵⁶ Vgl. Herzog 1975: 127f.; ders. 1975: 102; Gruber 2009: 104-106, 114, 121.

²⁵⁷ Vgl. Edinger 2009: 197f.; Golsch 1998: 51.

²⁵⁸ Borchert 1999: 27.

²⁵⁹ Vgl. ebd.

die Kontinuität innerparteilicher Positionssequenzen gegeben ist. Vernetzung und Verankerung in der Partei sind insofern elementare Voraussetzungen für Kandidaturen auf allen Ebenen und die generelle Karriereperspektive.²⁶⁰ Die kontinuierliche Ausübung von Ämtern und/oder Mandaten fällt unter den Bereich der Karrieresicherung, die auch einen wichtigen Aspekt einer politischen Karriere verkörpert. Als vier Wege der Karrieresicherung können *erfolgreicher Wettbewerb, institutionelle Regeln, überlegene Ressourcenausstattung und Kontrolle der innerparteilichen Konkurrenz* genannt werden.²⁶¹

Doch kennzeichnet nicht nur die Abfolge zeitlich nacheinander ausgeübter Ämter und Mandate die Karriere eines Berufspolitikers, auch die synchrone Besetzung von parteilichen Posten, Ämtern und Mandaten identifiziert Herzog als ein konstituierendes Phänomen für den Politiker-Beruf. Dieses *Ämterkumulation* genannte Spezifikum der Politik soll nachfolgend als ein Bestandteil der beiden Phasen *Politische Karriere* und *Elitenrekrutierung* erörtert werden, da sie meist großen Anteil am Aufstieg einer Person in die politische Spitze und dem potentiellen Verbleib dort hat.

Anhand dieser – verglichen mit dem normalen Berufsleben – karrieristischen Anomalie wird der wechselseitige Effekt von Professionalisierung und Karrierisierung besonders ersichtlich. Im Unterschied zur Laufbahn in privaten Berufen stellt bei einer erwerbsorientierten Karriere in der Politik die Anhäufung von Ämtern einen wichtigen Faktor dar.²⁶² Zudem gilt die Ämterkumulation, deren Form Herzog in vertikaler und horizontaler Richtung unterscheidet, als starkes Indiz für die Professionalisierung der Politik. Vertikale und horizontale Ämterkumulation sichern den Berufspolitikern einerseits das finanzielle Auskommen sowie die Stellung in der Partei und helfen andererseits beim Ausbau oder der Aufrechterhaltung des für eine erfolgreiche Polit-Karriere unabdingbaren Kommunikationsnetzwerkes.

Bei der vertikalen Ämterkumulation handelt es sich um die Verknüpfung von Positionen auf unterschiedlichen Ebenen des politischen Systems. Diese Bezeichnung gilt für jegliche Kombination von Posten in verschiedenen Gliederungen der politischen Institutionenhierarchie. Während z. B. viele Berufspolitiker bei Antritt eines regionalen oder nationalen Mandats ihre lokalen innerparteilichen Positionen oder ihr Wahlamt in der Kommunalpolitik behalten, versorgen sich andere erst nach dem Aufstieg in die

²⁶⁰ Vgl. Herzog 1973: 118; ders. 1975: 83f.; ders. 1990: 36.

²⁶¹ Siehe dazu Borchert 2003: 33-36.

²⁶² Vgl. Rebenstorf 1991: 227.

professionelle Politik mit einer kommunalen politischen Funktion.²⁶³ Die positionale Verankerung in der Kommunalpolitik fördert die Anbindung an die Wählerbasis und erhöht somit die Wiederwahlchancen. Neben der Präsenz bei der Wählerschaft hält der Politiker auf diesem Weg auch den Kontakt zur Partei im Wahlkreis, die ihn gegebenenfalls für weitere Mandate nominieren soll, aufrecht. Außerdem sammeln Politiker in kommunalen und regionalen Ämtern oder Mandaten wertvolle Erfahrungen in der öffentlichen Verwaltung und der Interessenvermittlung. Demzufolge kommt dem Engagement in der Kommunalpolitik sowohl eine Einstiegsfunktion als auch eine karrieresichernde Funktion zu.²⁶⁴

Herzog erachtet diese Versäulung von Führungspositionen als wesentliche Bedingung politischer Professionalisierung. Während für ehrenamtliche Amateure oder Honoratioren das Ende ihrer politischen Betätigung keine ernsthaften Auswirkungen auf ihre Existenz hatte, muss der moderne Berufspolitiker seinen Lebensunterhalt mit seinem politischen Engagement bestreiten. „Er ist objektiv dazu gezwungen, durch eine möglichst vielfältige, zeitlich möglichst lang dauernde vertikale Ämterkumulation seine Chancen auf eine Wiederwahl zu erhöhen.“²⁶⁵ Der professionalisierte Politiker ist also bestrebt, seine Karriere durch eine breit gestreute Ansammlung von Positionen und einer eventuell damit verbundenen Wiederwahl zu sichern, um möglichst bis zur Pensionierung in der Politik zu verbleiben.²⁶⁶ Dies ist auch ein Hinweis darauf, dass die Aktivitäten in der Partei und im Wahlkreis maßgeblich durch die Aussicht auf eine erneute Kandidatur bzw. – bei einem entsprechenden Wahlsystem – einen guten Listenplatz motiviert sind.²⁶⁷

Zumal die politische Professionalisierung schon wegen des Zeitaufwandes meist mit einer Deprofessionalisierung im privaten Beruf einhergeht. Die Verberuflichung der politischen Karriere führt zur Entfremdung des Politikers von seinem privaten Beruf und erschwert eine Rückkehr in diesen. Je länger die politische Laufbahn andauert und in je höhere Sphären sie führt, desto niedriger ist die Aussicht auf Wiederaufnahme des früheren Berufs. Mit zeitlichem Abstand vom Privatberuf sinken die Chancen auf eine Rückkehrmöglichkeit. Während einer längeren Abstinenz können sich die Berufsbedingungen hinsichtlich Aufgaben, Anforderungen, Qualifikationen usw. verändern, was eine Anpassung drastisch

²⁶³ Vgl. Herzog 1997: 311f.

²⁶⁴ Vgl. Burmeister 1993: 82; Herzog 1975: 89.

²⁶⁵ Gruber 2009: 154.

²⁶⁶ Vgl. Herzog 1997: 312; Gruber 2009: 154f.

²⁶⁷ Vgl. Edinger 2009: 199f.

erschwert. Der Wunsch nach Verbleib in der Politik muss also nicht in der *power centered personality* von Berufspolitikern begründet sein.²⁶⁸

Zudem entwickelt sich neben der zunehmenden Entfremdung vom Beruf auch eine Distanz zwischen dem politischen *Professional* und seinem früheren Herkunftsmilieu. Die Tatsache, dass Berufspolitiker Lebensverhältnisse, Freundeskreis und Wohnort im Laufe der politischen Karriere entsprechend ihren politischen Aufgaben adaptieren, führt zu einer weiteren Distanzierung vom *Normalbürger* und einer verstärkten Motivation zu langfristiger politischer Tätigkeit. Je nach Persönlichkeitsstruktur überwiegt also entweder die Entfremdung von Umfeld und Privatberuf oder der Reiz der Machterhaltung und -ausübung als zentrale Triebkraft eines Politikers für die Fortsetzung der politischen Karriere.²⁶⁹

Ergänzend zur vertikalen Ämterhäufung kommt es in der horizontalen Dimension zur Kumulation von Positionen auf gleichen Organisationsebenen. So ist bei Berufspolitikern z. B. die Kombination von Wahlämtern, Parteiposten und Regierungsämtern auf nationaler Ebene zu beobachten.²⁷⁰ Eine weitere Form der Ämterverdichtung, die Herzog jedoch als Positionsverknüpfung und nicht als horizontale Ämterkumulation bezeichnet, da sie in die Bereiche außerhalb des politischen Systems vordringt, ist die Verbindung einer oder mehrerer politischer Positionen mit der Tätigkeit für Unternehmen, Verbände oder andere Institutionen. Dadurch können Allianzen zwischen Politik, gesellschaftlichen Gruppierungen und der Wirtschaft entstehen, die positive Synergieeffekte bewirken, allerdings auch als Keimzelle einer oligarchischen Machtelite dienen können.²⁷¹

Systemisch betrachtet zeigt sich der Unterschied zwischen vertikaler und horizontaler Ämterkumulation in ihren Auswirkungen auf das demokratische Gefüge. Diese bergen verschiedene Gefahren und Probleme, die zwar erwähnenswert sind, allerdings als Kollateralschäden der politischen Professionalisierung hingenommen werden.

Durch die Interdependenz von gesellschaftlichen, parteilichen und parlamentarischen Karrieren entsteht ein Geflecht von vertikalen und horizontalen Ämterkumulationen, das zwar für eine stabile Herrschaftsstruktur in den Parteien sorgt, jedoch vor allem angesichts horizontaler Verknüpfungen die Gefahr eines Autonomieverlusts der politisch-staatlichen Führungsgremien beinhaltet. Einerseits können Inter- und Intra-Eliten-Beziehungen zwischen den Vertretern verschiedener Gesellschaftsbereiche also wie erwähnt zur Steigerung der

²⁶⁸ Vgl. Herzog 1979: 71; ders. 1975: 222.

²⁶⁹ Vgl. ders. 1982: 96f.; ders. 1993a: 117f.

²⁷⁰ Vgl. Borchert 1999: 27.

²⁷¹ Vgl. Herzog 1997: 312f.

Handlungsfähigkeit beitragen, andererseits unterminieren sie die Legitimität demokratisch gewählter Mandatsträger. Diese Gratwanderung zwischen Eliten-Kungeleien und totaler Abschottung der gesellschaftlichen Sektoren ist laut Herzog zu bewerkstelligen.²⁷²

Die bei vertikaler Ämterkumulation existierende Anbindung an die Partei- und Wählerbasis kann besonders bei nationalen Abgeordneten dazu führen, dass sich der politische *Professional* in erster Linie der Wahlkreisarbeit und weniger den abstrakten und komplexen Problemen in den nationalen Parlamenten widmet. Statt ein Repräsentant der obersten nationalen Volksvertretung zu sein, sehen sich diese Abgeordneten lediglich als Interessensvertreter ihres Wahlkreises und demzufolge der eigenen Wiederwahl verpflichtet. Als weitere Nachteile der Ämterhäufung in vertikaler Richtung sind in diesem Zusammenhang Effekte wie die innerparteiliche Verkrustung und das von Charles Wright Mills festgestellte *evil of localism*, also die vorwiegend bei in Einerwahlkreisen gewählten Abgeordneten beobachtbare extrem ausgeprägte (Fremd-)Steuerung durch lokale Interessen, zu nennen. Die horizontale Positionsverflechtung fördert zudem die Gefahr der Machtkonzentration in einem Führungszirkel, den Robert Michels als *herrschende Klasse* und Mills als *Machtelite* bezeichnet.²⁷³ Herzog sieht in der weitreichenden personellen Verflechtung zwischen Parteien und Parlamenten zwar einerseits die Gefahr der Oligarchisierung der innerparteilichen Willensbildung, merkt aber andererseits auch an, dass diese Verzahnung die Stabilität politischer Systeme erhöht.²⁷⁴

In den meisten Ländern gilt die Ämterkumulation als ein wichtiges Merkmal politischer Professionalisierung. Da diese Deutung nicht überall uneingeschränkt vertreten wird, bedarf sie einer fallabhängigen Bewertung. So signalisiert gerade die fehlende Ämterhäufung im politischen System der Vereinigten Staaten für einige US-amerikanische Politikwissenschaftler die Professionalisierung einer politischen Institution. Sie betrachten die Abgrenzung einer Institution nach außen und eine Differenzierung im Inneren als maßgebliche Professionalisierungsindikatoren.²⁷⁵ Auch in Deutschland bietet der Zusammenhang zwischen Ämterkumulation und Professionalisierung Diskussionsstoff: Einige renommierte Forscher sind sich beispielsweise uneins über die Frage, inwiefern ein

²⁷² Vgl. ders. 1976: 30; ders. 1993a: 123.

²⁷³ Vgl. Herzog 1993a: 116; ders. 1975: 89.

²⁷⁴ Vgl. ders. 1976: 34.

²⁷⁵ Vgl. Borchert 1999: 18.

langfristiges kommunalpolitisches Engagement den individuellen Übergang in die Berufspolitik beeinflusst.²⁷⁶

d) Elitenrekrutierung

Als letzte Phase schließt die durch den Aufstieg in politische Spitzenpositionen definierte Elitenrekrutierung den politischen Selektionsprozess ab (siehe Abb. 1). In Anlehnung an Herzogs Thesen fasst Lutz Golsch diesen Zeitabschnitt wie folgt zusammen:

„Aus dem elitensoziologischen Blickwinkel beinhaltet dieser Schritt den Weg in die Führungsgremien politischer Institutionen, in Fraktions- und Parteivorstände, Regierungsämter oder Vorseiter von Parlamentsausschüssen. Die traditionelle Zweiteilung der individuellen politischen Akteure in diejenigen, die regelmäßig politische Entscheidungen signifikant beeinflussen, und solche, die nur vereinzelt und marginal die Möglichkeit dazu haben, schlägt sich an dieser Stelle nieder.“²⁷⁷

Die Entstehung von Berufspolitikern, die in den modernen Staaten die zentralen Funktionen politischer Steuerung ausfüllen, ist für Dietrich Herzog die unweigerliche Konsequenz der Mechanismen der Elitenrekrutierung. Je höher Berufspolitiker im Laufe ihrer Karriere im Politikbetrieb aufsteigen, desto wichtiger wird das Vorhandensein einer innerparteilichen Basis in Form von Ämtern in der Partei. Auch vorherige Leitungsfunktionen in politiknahen Sektoren oder anderen beruflichen Zusammenhängen erweisen sich – den auf empirischen Erkenntnissen gestützten Annahmen Herzogs folgend – als hilfreich beim Aufstieg in die Spitzenpositionen der Politik.²⁷⁸ Außerdem gilt personelle Kontinuität bei der Besetzung von Führungsstellen in Parlamenten als Anzeichen für die Ausbildung von Karrieremustern. Die Auswahl parlamentarischen Spitzenpersonals erfolgt vorwiegend aus einem Kreis von Abgeordneten, die über Erfahrung in parlamentarischen Führungsaufgaben verfügen.²⁷⁹

Mit der Konstruktion dieser letzten Phase seines Modells realisiert Herzog sein Anliegen, die gesellschaftliche Herkunft des politischen Spitzenpersonals zu erforschen. Die verlaufssoziologische Untersuchung lässt Veränderungen im Vergleich zur Vergangenheit²⁸⁰ sowie Karrieremuster erkennbar werden, die den Nebeneffekt eines *Trampelpfades* für Jungpolitiker besitzen. „Für den politischen Rekrutierungsprozeß haben persönliche

²⁷⁶ Vgl. Gruber 2009: 155.

²⁷⁷ Golsch 1998: 51.

²⁷⁸ Vgl. Herzog 1990: 29; ders. 1973: 114f.

²⁷⁹ Vgl. Edinger 2009: 206.

²⁸⁰ Siehe dazu z. B. Best/Cotta/Verzichelli 2006: 89-96.

Merkmale, Eigenschaften und Verhaltensweisen von Spitzenpolitikern zumindest insofern einen Einfluß, als sie Orientierungspunkte oder Nachahmungsmuster für ambitionierte Neulinge darstellen.“²⁸¹

Wie für die vorherigen Phasen gilt auch für die Elitenrekrutierung, dass deren Dauer nicht theoretisch fixiert werden kann, sondern erst durch die Empirie bestimmbar wird. Eine Phase des Elitenabgangs berücksichtigt Herzog in seinem Modell nicht. Während die weitere Laufbahn von Personen nach dem Ausscheiden aus der Politik nicht erfasst wird, sieht Herzog vor, das Verlassen von politischen Führungsstellen bei gleichzeitigem Verbleiben im Selektionssystem in die Karriereanalyse einzubeziehen.²⁸² Letztlich ist das Attribut *politische Elite* oder *politische Spitzenposition* für die hier relevanten Analysezwecke nicht entscheidend (siehe Kap. 2.1.1), weshalb der Phase *Elitenrekrutierung* nicht die Bedeutung zukommt, die ihr Dietrich Herzog bei seinen Untersuchungen einräumt.

Für den Karriereaufstieg politischer Eliten sind also theoretisch beliebig viele, unterschiedliche Verläufe denkbar. Praktisch betrachtet haben sich aber einige *patterns* entwickelt, die von Faktoren wie dem Aufbau des Staates, der organisatorischen Gestaltung der Parteien, dem Wahlsystem und von bevorzugten Verhaltensschemata determiniert werden.²⁸³ Dabei rekurriert Herzog unter anderem auf das von Robert Putnam artikuliert Gesetz zunehmender sozialer Disproportionalität in politischen Führungsgruppen, welches die Abnahme des Anteils von Personen aus weniger privilegierten Bevölkerungsgruppen parallel zur steigenden Machtkompetenz politischer Posten beschreibt²⁸⁴, und zieht daraus Rückschlüsse für die Ausgestaltung seiner Theorie.

„Die immer wieder konstatierte selektive Disproportionalität sozialer Repräsentation gefährde zwar nicht grundsätzlich Legitimation und Funktionsfähigkeit des Parlaments. Jedoch seien den verschiedenen sozialen Schichten aus demokratietheoretischen Erwägungen hinreichende Partizipationsmöglichkeiten im Auswahlverfahren zu gewährleisten. Für sein Forschungsprojekt leitete er daraus die Notwendigkeit ab, insbesondere auch die in den Selektionsprozessen wirksamen Restriktionen zu betrachten.“²⁸⁵

²⁸¹ Herzog 1975: 197.

²⁸² Vgl. ebd.: 48; Gruber 2009: 54.

²⁸³ Vgl. Herzog 1990: 35.

²⁸⁴ Vgl. Hoffmann-Lange 1992: 138f.

²⁸⁵ Klingemann/Stöss/Wefels 1991: 19.

Diese Restriktionen sind ein Teil der Einflüsse, die Herzog in ihrer Gesamtheit der *structure of opportunities* zurechnet. Ihre Bedeutung und Funktion werden im nächsten Abschnitt genauer ausgeführt.

2.2.3 *structure of opportunities*

Das gesamte theoretische Konzept Dietrich Herzogs beruht auf der Prämisse, dass die Anzahl und die Ausprägungen möglicher Karriereaufstiegswege in einem soziopolitischen System durch institutionelle Gegebenheiten wie interorganisatorische Beziehungen, Parteistatuten, Wahlgesetze, politische Kultur usw. begrenzt werden. Infolgedessen richten sich individuelle Karrieren entlang bestimmter Regelmäßigkeiten aus, was letztlich zur Entwicklung typischer Laufbahnmuster führt.²⁸⁶

Karrieren können also in ihren Verläufen variieren, aber sie folgen äußerst selten einer völlig anderen Logik als etwas bereits Dagewesenes. Sie werden maßgeblich von Möglichkeiten, die das gesellschaftlich-politische System bietet, bestimmt. Somit entsprechen die entstandenen Karrieremuster zu einem gewissen Grad der vorherrschenden Institutionenstruktur und bewirken dadurch zudem deren Stabilisation.²⁸⁷ Zumeist folgt der Weg zum Berufspolitiker den vorhandenen Karrieremustern, die von außen unter anderem durch die Bedingungen des jeweiligen politischen Systems, die politischen Institutionen, materielle und immaterielle Kompensationen für politische Tätigkeiten, Parteiensystem und -wettbewerb, das Wahlrecht, den organisatorischen Aufbau politischer Parteien, deren ideologische Tendenz, die Beziehung zwischen Parteien und Interessengruppen sowie die öffentliche Einstellung gegenüber Parlamentariern determiniert werden. Andreas Gruber merkt hierzu an, dass der Begriff der Institution ob dieser breiten Definition in diesem Kontext möglicherweise eine zu weite Ausdehnung erfährt.²⁸⁸

Einerseits begrenzt diese *structure of opportunities* die Chancen zum Ein- und Aufstieg in die Berufspolitik, andererseits bietet sie Wegmarken zur Ausrichtung der politischen Karriere.²⁸⁹ Indem die vom Institutionensystem vorgegebene Opportunitätsstruktur somit schon vor Beginn einer individuellen politischen Karriere sowie in deren Verlauf einen Rahmen

²⁸⁶ Vgl. Herzog 1982: 90.

²⁸⁷ Vgl. Borchert 2011: 274.

²⁸⁸ Vgl. Gruber 2009: 56; Geißel/Edinger/Pähle 2004: 41.

²⁸⁹ Vgl. Golsch 1998: 48f.; Borchert 2003: 26.

absteckt, dient sie also auch als Orientierungshilfe für die Laufbahnplanung. Dabei kann die *structure of opportunities* gegebenenfalls Änderungen unterliegen, die zu weitreichenden Verschiebungen bei den Karrieremustern führen können.²⁹⁰

Erstmals subsumierte Joseph Schlesinger spezifische politisch-institutionelle Merkmale, die Karrieremuster von Politikern systematisch beeinflussen, unter dem Begriff *structure of opportunities*, den Herzog in der Folge adaptierte. Bevorzugt verwendet Herzog jedoch die Bezeichnung *Selektionssystem*. In der vorliegenden Abhandlung wird aber weiter die Formel *structure of opportunities* genutzt, da dies der gängigere Terminus ist und sich die beiden Konzepte inhaltlich ohnehin aus nahezu identischen Einflussfaktoren zusammensetzen.²⁹¹

Insbesondere das Wahlrecht wirkt sich deutlich auf die Gestaltung individueller Karrieren aus, was nicht zuletzt ein länderspezifischer Vergleich unterschiedlicher Wahlsysteme belegt. Aus diesem Grund wird das Wahlrecht, das unter anderem auch die Beschaffenheit des Parteiensystems, einem weiteren wichtigen Bestandteil der Opportunitätsstruktur, determiniert, von den meisten Karriereforschern als einer der bedeutendsten Einflussfaktoren angesehen.²⁹² So führt beispielsweise eine hohe Volatilität des Parteiensystems dazu, dass Unsicherheit über die Wiederwahl von amtierenden Abgeordneten besteht oder vermeintlich chancenlose Kandidaten den Einzug ins Parlament schaffen.

Außerdem spielt die Ausgestaltung des politischen Systems eine zentrale Rolle, besonders im Hinblick auf die Unterschiede zwischen föderalem und zentralstaatlichem Staatsaufbau. In föderal organisierten Staaten steht beispielsweise eine weit höhere Anzahl an (Wahl-)Ämtern und Exekutivposten zur Verfügung, was aus einer Gegenüberstellung verschieden strukturierter Staaten deutlich hervorgeht.²⁹³ Verantwortlich für die hohe Verfügbarkeit politischer Positionen sind die regionalen Parlamente, der große Personalbedarf der weitgehend unabhängigen Parteigliederungen in den untergeordneten Ebenen sowie die durch eine ausgeprägte Autonomie bedingte Vielzahl professionalisierter Posten in der Kommunalpolitik. Aus diesem Zusammenhang heraus sind in föderalen Systemen auch die Zugangsmöglichkeiten ins politische Karrieresystem vielfältiger.²⁹⁴

Die finanziellen und materiellen Entschädigungsleistungen für politische Aktivitäten gelten als eine weitere institutionelle Determinante, weil sie einen Anreiz schaffen, sich in der

²⁹⁰ Vgl. Herzog 1975: 52.

²⁹¹ Vgl. Herzog 1975: 51.

²⁹² Siehe dazu: Herzog 1979: 65f.; Harfst 2011: 107-111; Gruber 2009: 56f.; Hix/Hobolt/Høyland 2012: 2-6.

²⁹³ Vgl. Gruber 2009: 56-58.

²⁹⁴ Vgl. Borchert/Golsch 1999: 119f.

Berufspolitik zu betätigen. Der Umfang der finanziellen Ausstattung von Berufspolitikern unterscheidet sich allerdings von Land zu Land teilweise beträchtlich, was sich – besonders in Relation zu den Verdienstmöglichkeiten in der Privatwirtschaft – häufig auf die Attraktivität einer hauptberuflichen Beschäftigung in der Politik auswirkt.²⁹⁵

Neben den bisher geschilderten verfassungsrechtlichen und staatlichen Aspekten der Opportunitätsstruktur ist zu beachten, dass auch die rekrutierenden Institutionen in einem kleineren Zusammenhang einen Korridor abstecken, der sich in ihren auf spezifischen Auswahlkriterien fußenden Anforderungen für den Aufstieg in höhere Sphären der Politik widerspiegelt.²⁹⁶ Im Zuge des Wandels der Parteien von Gesinnungsgemeinschaften zu modernen Großorganisationen passten sich auch die von Parteien wahrgenommenen Funktionen schrittweise dem Zeitgeist an, was sich vor allem in der quasi-monopolistischen Übernahme von Selektion und Rekrutierung politischer Führungskräfte niederschlug.²⁹⁷

Aufgrund ihrer Stellung bei der Rekrutierung in politische Ämter fungieren Parteien deshalb als zentrale *gatekeeper*. Durch Kontrolle und Steuerung der Selektionsvorgänge besitzen sie, insbesondere in Parteiendemokratien, eine machtvolle Position, derer sich die meisten Politiker auch bewusst sind. Nicht selten – vor allem dann, wenn es um sogenannte *sichere Wahlkreise* bzw. *Listenplätze* geht – ist die eigentliche Hürde auf dem Weg zu einem politischen Mandat nicht die Wahl selbst, sondern das vorherige Nominierungsverfahren der Partei. Deshalb nutzen die meisten ambitionierten Politiker die Partei als Vehikel auf ihrem Weg in die Spitzenposten der Politik oder greifen auf Karrieresicherungsmechanismen zurück, indem sie beispielsweise innerparteiliche Ämter besetzen.²⁹⁸ „Die Erreichbarkeit parlamentarischer Mandate wird demnach maßgeblich von den politischen Parteien bestimmt, aus Sicht des einzelnen Politikers also von seiner Stellung und Verankerung in der Partei.“²⁹⁹

Nach Einschätzung Herzogs wirkt sich die vielfach gegliederte Organisationsstruktur von Parteien in drei Ausprägungen auf die Rekrutierung politischen Personals aus. So führt sie zu einem verstärkten Einfluss der politischen Führungsgruppen auf den Rekrutierungsprozess, zu einer Verringerung der personellen Fluktuation und zu einer tendenziell längeren Gesamtdauer der politischen Karrieren. Dabei ist vor allem die Bindung an die Partei von entscheidender Bedeutung, die zwar einerseits nur unter bestimmten Umständen eine

²⁹⁵ Vgl. Gruber 2009: 60f.

²⁹⁶ Vgl. Rebenstorf 1997b: 158.

²⁹⁷ Vgl. Herzog 1979: 66-70.

²⁹⁸ Vgl. Detterbeck 2011: 145; Gruber 2009: 57.

²⁹⁹ Edinger 2009: 188.

Fortsetzung der Karriere bei einer politischen Konkurrenzorganisation zulässt, aber andererseits meistens die Sicherheit signalisiert, dass die Partei seine Politiker bis zu einem gewissen Grad protegiert.³⁰⁰ Neben dem direkten Einstieg in das Karrieresystem über die Parteien kann der Weg in politische Ämter und Mandate – auch wenn das immer seltener der Fall ist – über Interessengruppen führen. Ähnlich häufig wie der Wechsel klassischer Verbandsfunktionäre bzw. Gewerkschafter in die Politik ist gegenwärtig die Rekrutierung leitender Personen einer sozialen Bewegung oder von Fachexperten aus NGOs zu beobachten (siehe Kap. 5.2.3).

Auf der Mikroebene bilden überdies die Arbeitsbedingungen im Politikbetrieb, welche sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verändert haben, eine wichtige Determinante. Das Beispiel der komplexen Organisationsstruktur eines modernen Parlaments mit Präsidenten bzw. Präsidium sowie Ausschüssen, Unterausschüssen, Delegationen u. ä. deutet zum einen den hohen Grad der notwendig gewordenen Arbeitsteilung an³⁰¹ und bietet zum anderen den Abgeordneten vorzügliche Möglichkeiten zur persönlich-politischen Profilierung. Die hochgradig arbeitsparlamentarisch ausgerichteten Strukturen sind angesichts veränderter Voraussetzungen wie dem gewachsenen Umfang parlamentarischer Tätigkeitsfelder, der partiell gestiegenen Komplexität politischer Probleme und der gegenwärtigen Schnelllebigkeit des politischen Betriebes unabdingbar.

Zum Zweck der wissenschaftlichen Analyse scheint eine Gliederung der Opportunitätsstruktur in die Teilbereiche Staatsstruktur, Repräsentationsstruktur, Organisationsstruktur und Institutionenstruktur im engeren Sinn, wie sie Jens Borchert vornimmt, sinnvoll zu sein.³⁰² Eine weitere Differenzierung macht Borchert, indem er konstatiert, dass die Opportunitätsstruktur vor allem durch die Verfügbarkeit, Zugänglichkeit und Attraktivität politischer Ämter und somit der politischen Karriere definiert ist. Diese Dreiteilung hat sich trotz problematischer empirischer Abgrenzbarkeit der einzelnen Elemente als effizientes Analyseschema erwiesen.³⁰³ Die *Verfügbarkeit* beschreibt die absolute Möglichkeit, angesichts des jeweiligen rechtlichen Rahmens ein Mandat oder Amt erlangen zu können. Ob eine politische Position für eine Person verfügbar ist, ist also maßgeblich von Bestimmungen wie dem Mindestalter für die Kandidatur, einer parteilichen

³⁰⁰ Vgl. Herzog 1975: 64.

³⁰¹ Siehe dazu Herzog 1993b: 44f.

³⁰² Vgl. Borchert 2003: 46–49.

³⁰³ Vgl. ders. 1999: 16; Edinger 2009: 187.

Geschlechterquote oder dem Wohnsitz abhängig. Der Faktor *Zugänglichkeit* bietet eine relative Chance, ein Amt oder Mandat zu erreichen und ist besonders stark von den Parteien beeinflusst. Die *Attraktivität* bemisst sich nach dem Wert eines Amtes oder Mandats, der sich daraus erschließt, inwieweit die betreffende Position der individuellen Präferenz eines Politikers entspricht. In der Regel gibt es auf nationaler Ebene allerdings eine kollektiv anerkannte hierarchische Ordnung politischer Positionen, die sich an Renommee, Einfluss und Ausgestaltung der Posten orientiert.³⁰⁴

Obwohl das Institutionensystem unbestritten einen starken Einfluss auf die Entwicklung von Karrieremustern ausübt, folgen diese partiell dennoch einer gewissen Eigenlogik bzw. sind weniger nachfragezentriert, wie die Ausführungen vieler europäischer Sozialwissenschaftler annehmen lassen.³⁰⁵ Pippa Norris zieht aus dieser Erkenntnis die Konsequenz, dass sie in ihrem Rekrutierungsmodell die angebots- und nachfrageorientierten Ansätze zusammenführt. Ihr *supply-and-demand*-Ansatz vereint als die vier Komponenten der Rekrutierung zum einen das Angebot, welches durch die Motivation und das politische Kapital der Kandidaten determiniert wird und die durch das Verhalten der *gatekeeper* beeinflusste Nachfrage. Zum anderen sind der Rekrutierungsprozess inklusive der Parteiregularien und -verfahrensweisen sowie das politische System mit Gesetzgebung, Wahlrecht, Parteiensystem und politischer Kultur zu nennen, welche beide Auswirkungen auf die Opportunitätsstruktur haben.³⁰⁶ Norris' Modell soll allerdings lediglich ergänzend in das analytische Vorgehen bei der zentralen Untersuchung der Karrierewege einfließen.

Was von Herzog und auch anderen in diesem Bereich tätigen Forschern kaum berücksichtigt wird, ist die Frage, ob zwischen der zunehmenden Professionalisierung von Politikern und den Veränderungen des institutionellen Rahmensystems eine Verbindung besteht und inwieweit dieser Wandel Relevanz besitzt.³⁰⁷

Andreas Gruber sieht trotz möglicher Veränderungen bei der Opportunitätsstruktur eine gewisse Universalität von Herzogs theoretischem Rahmen.

„Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass Herzogs Analyserahmen noch immer angewendet werden kann, auch wenn sich einzelne Elemente der ‘structure of opportunities’

³⁰⁴ Vgl. Borchert 2011: 274f.

³⁰⁵ Vgl. ebd.: 273; Gruber 2009: 61f.

³⁰⁶ Vgl. Norris 1997b: 209f.; Várnagy 2008: 3f.

³⁰⁷ Vgl. Golsch 1998: 35f.

womöglich verändert haben, zum Beispiel die zu Lasten der Legislative gehende Exekutivdominanz oder auch die veränderte Rolle politischer Parteien. Auch wenn dies vereinzelt Anhänger des Konzepts der politischen Klasse anders beurteilen, so kann sein Analyseschema nach 40 Jahren noch immer Grundlage einer umfassenden Untersuchung sein.³⁰⁸

Andere Wissenschaftler machen darauf aufmerksam, dass auch eher abstrakte Phänomene wie die Responsivität zur *structure of opportunities* zu zählen sind. Indem Bürger die Möglichkeit zur Wahl besitzen, bringen sie den bedeutenden Faktor Responsivität in das Elitenrekrutierungsverfahren ein und verfügen somit über die Chance, einen Elitenwechsel herbeizuführen. Politikerkarrieren sind deshalb der steten Gefahr einer scheiternden Wiederwahl ausgesetzt, da Wählerinteressen mit den Präferenzen der gewählten Repräsentanten kollidieren können.³⁰⁹

Berufspolitiker können also nicht vollkommen autark über die zeitliche und positionale Gestaltung ihrer politischen Karriere verfügen, sondern sind vom Wählerwillen sowie anderen politischen Gegebenheiten abhängig und somit fortwährend von der *Geisel elektoraler Verwundbarkeit* getrieben. Wie auch nationale Parlamentarier handeln MdEPs also prinzipiell in einem Bezugsrahmen zwischen Ambitionslogik (persönliche karrieristische Ansprüche), Sachlogik (Eigeninteresse und Erfordernis politischer Sachvorhaben), Machtlogik (Beeinflussbarkeit bzw. Durchsetzbarkeit politischer Pläne) und Akzeptanzlogik (öffentliche Vermittelbarkeit und Attraktivität politischer Bestrebungen). Dieses komplexe Spannungsverhältnis lässt Berufspolitikern wenig Handlungsspielraum, da überdies mit einer durch den digitalen Wandel stets gut informierten Gesellschaft und einer entsprechenden Medienlandschaft – Errungenschaften, die Erwartungshaltung und Zeitdruck auf politische Entscheidungen massiv erhöht haben – umgegangen werden muss.³¹⁰

Ein wesentliches Element, um die politische Responsivität positiv zu beeinflussen, ist eine möglichst weitverzweigte und tiefgreifende Kommunikation mit der Wählerschaft und gesellschaftlichen Akteuren:

„[U]nter den neuen Bedingungen gesellschaftlicher Differenzierung und Dynamik wird sie eine unabdingbare Voraussetzung für die parlamentarische Handlungsfähigkeit. Sie ermöglicht es, Kenntnisse über die sich wandelnden Problemlagen zu gewinnen, und sie bewirkt eine flexible

³⁰⁸ Gruber 2009: 256.

³⁰⁹ Vgl. Best/Jahr/Vogel 2011: 169.

³¹⁰ Vgl. Wiesendahl 2001: 160-162.

„Responsivität“ des Abgeordneten nicht nur gegenüber der eigenen Wählerschaft, sondern den Erwartungen in der Gesellschaft insgesamt.“³¹¹

Neben der bereits genannten Vernetzung in Partei und Fraktion bildet eine gelungene Kommunikationsstrategie für einen Politiker demnach einen wichtigen Machtfaktor im Bereich der nur schwerlich messbaren sozialen Kompetenzen, die Berufspolitikern definitiv von Nutzen sind. Vor dem Hintergrund einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft inklusive permanenter Präsenz und Aufmerksamkeit der Medien sowie eines unbegrenzt anmutenden Informationsangebots für den Bürger scheinen kommunikative Fähigkeiten zur Eigenprofilierung und Politikvermittlung andere Elemente der Chancenstruktur zu überlagern.³¹² Dennoch bedeuten wirksame Kommunikationsstrategien und andere seitens der Politiker individuell gut steuerbare Faktoren nicht, dass eine Abhängigkeit von externen Gegebenheiten völlig ausgeschaltet werden kann. So

„stehen die Autonomisierungsbestrebungen des politischen Personals in einem Spannungsverhältnis mit der in repräsentativen Demokratien zeitlich befristeten Herrschaftsübertragung und der damit verbundenen Notwendigkeit, sich der (Wieder-)Wahl zu stellen.“³¹³

Deshalb entwickeln Berufspolitiker Mechanismen zur Karrieresicherung, die ein unvermitteltes Ausscheiden aus der Gruppe professionalisierter Politiker verhindern bzw. bei einem *worst-case*-Szenario auffangen sollen. Diesen Zweck erfüllt zumeist eine gut strukturierte Ämterkumulation bzw. ein umfassendes Netzwerk in der Partei, das einen Berufspolitiker nach Amts- oder Mandatsverlust mit einem Anschlussposten versorgt (siehe Kap. 2.2.2). Oder es werden – im Falle eines gewollten oder ungewollten Ausstiegs aus der Berufspolitik – funktionierende Verbindungen zur Wirtschaft und/oder zu Interessengruppen, die eventuell eine berufliche Zukunft bieten können, wirksam.

Den Abschluss der theoretischen Überlegungen bildet nun Dietrich Herzogs Typologie der Karrieremuster, die am Ende der Analyse als Orientierungspunkt für die Konzipierung einer neuen Karrieretypologie mit empirisch deutlich abgrenzbaren Kriterien dient.

³¹¹ Herzog 1993b: 26.

³¹² Anm.: Siehe hierzu das Kompendium *Politische Kommunikation* (Grünewald/Güldenzipf/Piepen Schneider 2012), insbesondere die Beiträge von Robert Grünewald und Dietmar Schiller.

³¹³ Best/Jahr/Vogel 2011: 168.

2.2.4 Herzogs dreigliedrige Typologie der Karrieremuster

Prinzipiell geht Herzog von den drei unterschiedlichen Karrieremustern *Standard*-, *Cross-over*- und *reine Polit-Karriere* als gängige Wege zum professionalisierten Politikerdasein aus. Bei der Standard-Karriere beginnt das wesentliche politische Engagement, auch wenn die politische Aktivierung bereits früher erfolgte, nach der Etablierung im Zivilberuf und läuft zunächst parallel dazu. Mit steigendem Anteil der politischen Tätigkeit an der persönlichen Arbeitskapazität und nach einem sukzessiven Aufstieg in der Politik geht die anfängliche Nebenbeschäftigung später in eine ausschließliche Politikerexistenz über. Exemplarisch für diesen Karriereverlauf steht in Deutschland die *Ochsentour*, die den mühsamen Aufstieg in eine professionalisierte Position in der Politik symbolisiert.³¹⁴ Als zentrale Merkmale sind demnach die vergleichsweise lange Bewährungsphase und das stufenweise erfolgende Emporkommen auf der politischen Karriereleiter zu nennen. Da in dieser Gruppe besonders häufig vertikale Ämterkumulation zu beobachten ist, besteht eine ausgeprägte Verankerung auf lokaler Ebene. Aufgrund dieser Rückkoppelung ist bei diesem Politikertypus mit einem vergleichsweise hohen Maß an Responsivität gegenüber den Interessen der Bürger zu rechnen. Einer inzwischen wohl überholten Schätzung Herzogs zufolge macht dieser Karrieretyp in Deutschland rund 60 Prozent der politischen Führungskräfte aus.³¹⁵ Andreas Gruber, der diesen Typus als *konventionelle Karriere* bezeichnet, geht jedoch davon aus, dass auch gegenwärtig noch die meisten Berufspolitiker auf diese Weise den Einstieg in die professionalisierte Politik bzw. den Aufstieg in die politische Elite schaffen.³¹⁶

Dagegen bezeichnet das Cross-over einen direkten Wechsel von einer Führungsposition in Wirtschaft, Wissenschaft oder anderen Bereichen in eine solche in der Politik. Das kennzeichnende Merkmal dieses Typus ist der unmittelbare Übertritt ohne nennenswerte politische Qualifikationsphase oder einem sukzessiven politischen Aufstieg. Im Gegensatz zu den Standard-Karrieristen und zum Teil auch zu reinen Polit-Karrieristen zeichnen sich die Angehörigen dieses Typus also nicht durch einen graduellen Aufstieg in der Politik aus, sondern durch den abrupten Wechsel in eine professionalisierte politische Position. Die Personalrotation zwischen den Führungsstufen der verschiedenen politisch-gesellschaftlichen Sektoren ist in Deutschland anders als in den USA und einigen anderen Ländern relativ

³¹⁴ Vgl. Herzog 1993a: 118; Gruber 2009: 222-226.

³¹⁵ Vgl. Rebenstorf 1997b: 162; Herzog 1993a: 118.

³¹⁶ Vgl. Gruber 2009: 255.

selten, weshalb Ralf Dahrendorf in den 1960er Jahren den Terminus des *Elitenkartells* einführt. Am häufigsten sind dabei noch Wechsel aus der Wirtschaft in die Politik zu beobachten, da unternehmerische Leitungsfunktionen die höchste Kompatibilität mit politischen Führungsaufgaben aufweisen.³¹⁷ Neben prominenten *Quasi-Testimonials* befindet sich in der Gruppe der Cross-over-Politiker – wie von der breiten Bevölkerung vielfach gefordert – ein hoher Anteil an fachspezifischen Experten.³¹⁸

Eine Ausweitung dieser Art der Rekrutierung ist angesichts der entgegenstehenden parteiorganisatorischen, wahlrechtlichen und anderen, der politischen Kultur geschuldeten Voraussetzungen unwahrscheinlich. Weitere hemmende, vorwiegend im persönlichen Bereich zu verortende Barrieren sind Geringschätzung der Rolle des Politikers, Vorrang des privaten Karriereerfolgs, Sicherung der privaten Berufsposition und materielles Desinteresse angesichts der im Vergleich zur Privatwirtschaft relativ geringen Einkünfte. Herzog verweist in diesem Zusammenhang auf eine asymmetrische Entwicklung: Während unmittelbare Wechsel von Spitzenpersonal anderer Sektoren in die Politik relativ selten stattfinden, treten sektorübergreifende Verflechtungen im Bereich der Planungs- und Entscheidungsebene immer häufiger auf.³¹⁹ Diesbezüglich gibt er zu bedenken, dass sich aus der mangelnden Durchlässigkeit zwischen der Politik und den anderen gesellschaftlichen Sektoren drei vordringliche Probleme ergeben können, die bis heute nicht an Aktualität eingebüßt haben:

„erstens, daß Politik nicht zu einem geschlossenen Zirkel von Berufspolitikern werden darf, obwohl sich derartige Tendenzen bereits abzeichnen; zweitens, daß die Politik — angesichts der komplexer werdenden Anforderungen, die an sie gestellt werden — nicht auf einen ständigen Zustrom qualifizierter Personen aus den verschiedensten Berufsbereichen verzichten kann; und drittens, daß der Berufspolitiker, sofern er nicht nur zeitweilig politische Funktionen übernimmt, sondern auf Dauer auf das Verbleiben in der politischen Karriere angewiesen ist, wegen dieser materiellen Verhaftung seine Unabhängigkeit in politischen Entscheidungen verlieren kann.“³²⁰

Dabei hätte ein Zuwachs an Cross-over-Karrieren in der Politik einige Vorteile wie z. B. einen flexibleren Personalauswahlprozess sowie eine Rekrutierungsform prominenter und fähiger Persönlichkeiten, die nicht durch die politische Ochsentour sozialisiert wurden. Dies

³¹⁷ Vgl. Herzog 1975: 150f., 157; ders. 1991: 10.

³¹⁸ Vgl. Rebenstorf 1997b: 162.

³¹⁹ Vgl. Herzog 1975: 158; ders. 1982: 94f.

³²⁰ Ders. 1975: 155.

kann vor allem positive Folgen für die organisatorische und inhaltliche Politikgestaltung haben und ferner Synergieeffekte durch bestehende Netzwerke der Überwechsler in ihren ehemaligen Tätigkeitsfeldern nutzbar machen. Trotzdem ist unstrittig, dass lange und kontinuierliche politische Karrieren oft eine wichtige Voraussetzung dafür sind, Kenntnisse über die Komplexität politischer Probleme sowie praktische Erfahrungen bei der Koordination der beteiligten kollektiven Akteure zu erlangen.³²¹

Herzog merkt dazu an, dass viele Personen des Cross-over-Karrieretypus die innerparteiliche und parlamentarische Laufbahn in Teilen nachholen und auf diese Weise auch *konventionelle* Berufspolitiker werden können. Zudem entwickeln sich nach seinen Beobachtungen auch sogenannte *Spätwechsler* schnell zu politischen *Professionals*.³²² Andreas Gruber, dessen Typologisierung deutlich an Herzogs Schema angelehnt ist, gliedert dessen Kategorie der Überwechsler in drei Subgruppen. Als erste Gruppe nennt Gruber Personen mit Parteibuch, die sich allerdings erst bei oder nach dem Wechsel in die Berufspolitik für eine Parteimitgliedschaft entschieden haben. Die zweite Gruppierung wird von politischen Führungskräften, die zwar Parteimitglied, aber vor dem Cross-over weder in der Partei noch in öffentlichen Ämtern in Erscheinung getreten waren, repräsentiert und unter einer dritten fasst Gruber die parteilosen Politiker zusammen.³²³

Das dritte Laufbahnmuster beinhaltet Personen, die ihre Karriere relativ früh in der Politik oder in Bereichen mit politischem Bezug beginnen, indem sie ihren Lebensunterhalt unmittelbar als Parteifunktionäre, Mitarbeiter eines Politikers oder Angestellte einer parteilich gebundenen oder parteinahen Institution verdienen. Diese wie auch immer geartete Tätigkeit bildet das Fundament für eine Kandidatur zu einem innerparteilichen oder öffentlichen (Wahl-)amt, so dass diese Karrieristen als materiell und psychologisch gebundene Polit-Profis wahrgenommen werden. Aufgrund seiner Routine im Politikbetrieb, der fehlenden Sozialisation in der privaten Berufswelt und einer vermuteten moralischen Anfälligkeit ruft dieser Karrieretyp in der Öffentlichkeit breite Kritik hervor.³²⁴ Trotz allem zeichnet sich dieser Typus, der dem Bild des *ausgebildeten, qualifizierten* Berufspolitikers im engeren Sinn am ehesten nahe kommt, zumeist durch sein spezifisches Wissen in vielen politischen Bereichen, Kenntnisse über den Stellenwert einzelner Gremien und eine gute Vernetzung innerhalb der Parteistrukturen aus. Gegenwärtig gewinnen diese teilweise als *Technokraten*

³²¹ Vgl. Herzog 1990: 41, 45.

³²² Vgl. Hoffmann-Lange 2004: 261.

³²³ Vgl. Gruber 2009: 216-219.

³²⁴ Vgl. Herzog 1993a: 119.

titulierten Polit-Karrieristen in Anbetracht ausgeweiteter Staatsaufgaben und einer fortschreitenden Internationalisierung der Politik zunehmend an Bedeutung.³²⁵

Gruber unterteilt die reinen Politiker in Anbetracht des Fehlens detaillierter Definitionsmerkmale von Herzog wiederum in Subgruppen. Zum einen zählt er Personen zu den reinen Polit-Karrieristen, die von Beginn ihres Berufslebens an Berufspolitiker waren und zum anderen solche, die zunächst in politischen Berufen abseits der Berufspolitik aktiv waren und dann in ein professionalisiertes politisches Amt oder Mandat wechselten.³²⁶ Der Anteil dieser Politiker, die nie einen privaten Beruf ohne Bezug zur Politik ausübten, ist in den letzten Jahren besonders unter jungen *political professionals* gestiegen. Auch für die Zukunft wird diesem Weg in die Berufspolitik tendenziell eine größere Bedeutung beigemessen, was Grubers relativ aktuelle Untersuchung jedoch nur begrenzt bestätigen kann.³²⁷

Entscheidendes Element hinsichtlich des Karriereverlaufs eines Politikers ist nach Herzogs Ansicht die Professionalisierung der Laufbahn sowie der Strukturen, in denen er agiert. Der letztgenannte Karrieretypus ist nach Herzogs Vorstellung der am stärksten professionalisierte, während die Cross-over-Laufbahn die wenigsten Anhaltspunkte für die Ausbildung von *Polit-Professionals* aufweist. Die Standard-Karriere tendiert hinsichtlich des Professionalisierungsgrades in Richtung der reinen Polit-Karriere. Jedoch schließen diese Erkenntnisse ein hohes Maß an Professionalisierung bei einem Quereinsteiger in die Politik nicht aus, da gegenwärtig in Bezug auf das EP letztlich alle drei Wege in einer mehr oder weniger professionalisierten Politikertätigkeit münden.

Herzog ist sich bewusst, dass nicht nur die Verteilungsverhältnisse hinsichtlich der Typenzugehörigkeit variieren, sondern auch die Typen selbst einem Wandel unterliegen und sich auch neue Muster ausbilden können. Die veränderten Bedingungen parlamentarischer Funktions- und Arbeitsweisen tragen dabei erheblich zum Aufschwung anderer Politikertypen bei.

„Anstelle traditioneller parlamentarischer ‚Interessenvertretung‘ gewinnt die Fähigkeit zur *Konversion* gesellschaftlicher Problemlagen in strategische Entscheidungen als Handlungsimperativ des Parlaments zunehmend an Bedeutung. Insofern wird der Vertreter

³²⁵ Vgl. Rebenstorf 1997b: 162.

³²⁶ Vgl. Gruber 2009: 220.

³²⁷ Vgl. Hoffmann-Lange 2004: 260; Herzog 1990: 41; Gruber 2009: 221f.

partikularer ‚Interessen‘ – wie auch der bloße ‚Parteipräsident‘ – im modernen Parlament eine gleichsam disfunktionale Figur.“³²⁸

In der praktischen Umsetzung wird Dietrich Herzogs Karrieretypologie als Modell zur Schaffung einer eigenen, für die europäische Ebene spezifischen Kategorisierung der Abgeordneten genutzt. Abgesehen von der notwendigen Übertragung auf Europa und kleineren Anpassungen sind Herzogs generelle Annahmen als theoretische Basis gut geeignet, da sie erstmals einen umfassenden Zugang zu Verlauf und Gesamtbild von Karrieren politischer Eliten postulieren. Die drei Herzog’schen Typen sind allesamt karrieristisch-biographisch definiert und besitzen keine normativen Komponenten. Dementsprechend sollen auch die Typologie für die europäische Ebene angelegt sein, die drei geschilderten Muster dienen dabei als Orientierungshilfe. Ein spezieller Zuschnitt auf das Mehrebenensystem und eine entsprechend präzise Ausdifferenzierung ist allerdings notwendig.

Vor allem hinsichtlich Trennschärfe und Prägnanz zeigt Herzogs theoretisches Konstrukt Schwächen, die besonders bei seiner Typologie sichtbar werden, welche primär auf Beobachtungen und kaum überprüfbaren Kriterien basiert. Im vorliegenden Fall sind das keine allzu großen Schwachpunkte, da so der Transfer von Konzeptbestandteilen in teilweise abgewandelter Form auf die europäische Ebene möglich wird. Die unscharfe Konstruktion der drei Typen bietet so die Gelegenheit, die Grundsystematik politischer Laufbahnen aufzugreifen und in eine neue EP-spezifische Typologie zu *gießen*. Auch wenn sich hinsichtlich der Benennungen letztlich keine Überschneidungen ergeben, findet sich ein Teil der auf europäischer Ebene identifizierten Typen von der generellen Ausrichtung her in den drei von Herzog geformten Mustern wieder. Eine engere Verwandtschaft zwischen Herzogs und dem neu gebildeten Typenmodell kann schon allein aus einem Grund nicht bestehen: Während Herzog seine drei Typen entlang der Dimension *Verhältnis zwischen zivilem Berufsleben und politischem Karriereverlauf* aufbaut, ist die neu geschaffene Typologie auf Basis des Spannungsverhältnisses von *nationaler und europäischer Karrierepräferenz* angelegt. So findet sich die Cross-Over-Karriere beispielsweise nicht in den fünf Idealtypen wieder, da die privatberufliche Komponente nicht im Mittelpunkt des Interesses steht.

Auch die Ämterkumulation adäquat in einen theoretischen Rahmen abzubilden, vermag Herzogs Konzept nicht. Infolgedessen gelingt auch methodisch keine vollständige Darstellung von Ämterkumulationen, was allerdings im Hinblick auf das Forschungsinteresse

³²⁸ Herzog 1993b: 26.

vernachlässigbar ist, da für die Analyse primär das Absolvieren einer Karrierestufe von Relevanz ist. Die diversen Weiterentwicklungen und Bezüge zu Herzogs Modell³²⁹ lösen die genannten Probleme – vor allem im Hinblick auf die Erfordernisse einer Mehrebenenuntersuchung – nicht oder nur in Ansätzen.

Im folgenden Kapitel wird nun Grundlegendes zu Methodik und Datenerhebung erläutert. Neben dem methodischen Vorgehen werden Einzelheiten zu den auf Basis der geschilderten theoretischen Annahmen entwickelten Erhebungsvariablen, die zur Untersuchung der einzelnen Karrieren eingesetzt werden, veranschaulicht.

³²⁹ Siehe z. B. Best/Jahr/Vogel 2011; Golsch 1998; Borchert 2011.

Karrieredestination Europäisches Parlament
Konservativ-christdemokratische und grüne
Abgeordnete im Vergleich

Hausner, U.

2017, XV, 520 S. 51 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-15819-4